

Diese Kinder, die aus der Lebensbahn der Ordnung herausgeschleudert waren — es kommen alle Monat so 10 bis 12 —, diese haben wir monatelang in Bruck verköstigt, gekleidet und gesund gemacht, bis wir den Heimatsort und die Eltern derselben ausfindig machten, um in der Lage zu sein, diese Kinder der richtigen Stelle zurückzugeben. Wir haben es weiters durch das Jugendamt, das wir geschaffen, zuwege gebracht, daß durch den Ausbau des Pfliegerinnenwesens von Wohnung zu Wohnung zu den Müttern mit ihren kranken Kindern gegangen wird, und überall, wo kranke Kinder vorhanden sind, werden sie der Pflege zugeführt, wo Mißhandlungen vorkommen, schreitet das Jugendamt ein, und auf diese Weise trachten wir, aus diesen verwahrlosten Kindern noch einigermaßen nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen. Ich glaube, daß sich das Brucker Jugendamt dieser seiner Tätigkeit nicht zu schämen braucht, es besteht zwar erst ein Jahr, ist aber schon in allen Zeitungen verrissen worden, jedoch kein Mensch hat gefragt, was geleistet wurde.

Bevor ich nun auf die Frauengewerbeschule komme, möchte ich einen Vorwurf des Herrn Kollegen *Hornik* entkräften. Kollege *Hornik* hat gestern ein Schreiben verlesen, daß der Bürgermeister von Bruck den sogenannten Schülerunterstützungsverein mit seinem Ansuchen abgewiesen hat. Ich habe gestern bereits einen Zwischenruf gemacht, daß an der Spitze dieses Unterstützungsvereines eine Gräfin steht, und zwar die Gräfin *Benigni*, die sich überall noch immer als Gräfin tituliert, denn sie ist heute noch ausgesprochen monarchistischer Gesinnung. Wenn ein solcher Verein um Unterstützung ansucht, so muß der Bürgermeister schauen, was los ist. Nachdem wir nun einerseits dieses Jugendamt haben und zweitens festzustellen ist, daß die amerikanische Auspeisung durch die Gemeinde monatlich 10 bis 12 Millionen Kronen bekommt, da das Jugendamt alle Monat für arme Kinder die Auspeisung in der Fürorgestelle dort bezahlt, was, wie gesagt, 10 bis 12 Millionen Kronen erfordert, so ist es nicht notwendig, daß dieser Unterstützungsverein, wie es Kollege *Hornik* hier erzählt hat, den bedürftigen Kindern ein Mittagessen geben muß. Wir sind noch weiter gegangen. Nachdem heuer die amerikanische Auspeisung zur Gänze eingestellt wird, haben wir eine Abfindung mit dieser amerikanischen Mission getroffen und heuer übernimmt die Stadtgemeinde Bruck die Auspeisung aus eigenen Mitteln der Stadtgemeinde Bruck. Schauen Sie, Sie werden begreifen, daß wir es nicht notwendig haben, einen Schülerunterstützungsverein der Gräfin *Benigni* zu unterstützen, denn wir wissen das Geld viel besser zu verwenden.

Nun komme ich auf ein anderes Kapitel, welches ich wegen dieses Punktes früher zurückgestellt habe, und da möchte ich auf folgendes verweisen: Die Frauengewerbeschule wurde im vorigen Jahre wegen dieser Streitigkeiten aufgelassen, aber eigentlich schon im Jahre 1922. Wir sind mit ungeheuren Opfern in Bruck darangegangen, ebenfalls durch das Jugendamt, haben alle diese Fürsorge zusammengefaßt und haben eine Hauswirtschaftsschule errichtet. Wir haben für die Er-

richtung des Lokals, das aus Kellerräumen geschaffen wurde, über 128 Millionen Kronen Adaptierungskosten aufgewendet und diese Hauswirtschaftsschule nach einem Muster des Unterrichtsministeriums eingerichtet. Diese Schule ist seit 1. April mit 22 Mädchen in Betrieb. In dieser Schule genießen jährlich 22 Mädchen den ganzen Koch-, Näh- und Hauswirtschaftsunterricht und lernen auch Gartenarbeiten. Diese Mädchen bekommen eine Jause vormittags, ein Mittagessen und eine Jause nachmittags und zahlen samt Unterricht im ganzen pro Monat 250.000 K., obwohl die Lehrkräfte bedeutend mehr kosten, weil wir staatlich geprüfte Lehrkräfte zur Verfügung haben, die heute nicht billig sind. Wir haben dort eine große, modern eingerichtete Küche, und weil man die Maschinen der klerikalen Institution gegeben hat, so waren wir genötigt, das Material für unsere Hauswirtschaftsschule, soweit der Nähunterricht in Betracht kommt, vollständig neu anzuschaffen. Die Schule ist, wie schon erwähnt, seit 1. April in Betrieb und funktioniert tadellos. Es ist eine Lust zu sehen, mit welcher Freude diese Kinder, das sind Beamtenkinder, Arbeiterkinder und es sind auch Kinder von einigen Bürgerlichen dabei, dort unterrichtet werden von den Lehrkräften. Und wir werden jährlich in Bruck 22 vollständig in der Hauswirtschaft, in der Gartenwirtschaft und im Nähunterricht ausgebildete Mädchen aus dieser Schule herausbekommen, was ein ungeheuer wichtiger Umstand ist, um einmal die Kinder des arbeitenden Volkes in Bezug auf Hauswirtschaft, Nähen usw. zu bessern. Glauben Sie nicht, daß das auch eine Tat ist, die sich sehen lassen kann? Für alle diese Dinge müssen wir Zeit aufbringen, bei allen diesen Dingen bin ich überall hinterher. Bei dieser Hauswirtschaftsschule ist noch dazugekommen, daß ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden waren. Diese Schule hat es notwendig gemacht, ungeheure Mittel sicherzustellen. Genau wie beim Jugendamt, mußte auch hier auf die Sicherstellung von Mitteln in der kritischen Zeit vorgesorgt werden. Und deshalb haben wir Sozialdemokraten im Brucker Gemeinderat, beziehungsweise im Gemeindevorstand, beschlossen, die Lohn- und Gehaltsabgabe so aufzuteilen, daß 30 Prozent für Arme, 40 Prozent für das Jugendamt und der übrige Rest von 30 Prozent auf Körperpflege und diverse Unterstützungen verwendet wird. Von diesen 40 Prozent für das Jugendamt darf kein roter Heller weggenommen werden, um dieses Jugendamt sicherzustellen. Wir müssen uns, weil das Geld festgelegt erscheint, bemühen, dafür zu sorgen, daß auch für die anderen Dinge immer genügend Geld da ist.

Aber das ist noch nicht alles. Nachdem das Krankenhaus Bruck keinen anständigen Röntgenapparat und keine Quarzlampe gehabt hat, nicht einmal die notwendigen Instrumente für Operationen dort zur Verfügung gestanden sind, habe ich als Bürgermeister von Bruck eine öffentliche Sammlung eingeleitet und habe dadurch einen vollständig neuen Röntgenapparat, verschiedene chirurgische Instrumente und eine Quarzlampe dem Brucker Krankenhause zur Verfügung gestellt, welches eigentlich dem Lande Steiermark gehört. Weiter, weil das Krankenhaus keine Liegehalle gehabt hat, sind wir hergegangen und haben das Holz für beide

Liegehallen umsonst zur Verfügung gestellt. Heute hat das Krankenhaus zwei schöne Liegehallen und die gehören nunmehr dem Lande Steiermark. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben das Holz dem Lande Steiermark geschenkt und was ist nun mit dieser Liegehalle geschehen? Diese wurde so schlecht gebaut, und da muß ich wohl dem Landesbauamt die schwersten Vorwürfe machen, daß es jetzt hineinregnet. Jetzt können wir Mittel und Wege suchen, um diesen Plußer, den das Landesbauamt gemacht hat, wieder auszubessern; denn, was nützt uns eine Liegehalle, wo es hineinregnet.

Meine Damen und Herren! Wie stellen Sie sich die Dinge vor, wenn die sozialdemokratischen Bürgermeister der Industrieorte sich auf denselben Standpunkt stellen würden wie Sie! Wie Kienböck! Welch ungeheure Summe von Elend würde über unser Volk kommen, wenn wir als sozialdemokratische Gemeindevertreter die Sanierung in derselben unverantwortlichen Weise betreiben würden wie Sie. Wir können das nicht tun. Ich habe schon gestern gesagt, bis zum Bundeskanzler Seipel ist es sehr weit, aber bis zum Bürgermeister von Bruck ist es nicht so weit. Alles, was sich bedrückt und bedrängt fühlt, geht zum Bürgermeister der Stadtgemeinde Bruck. (Prisiching: „Da komme ich auch zu Ihnen, denn ich fühle mich sehr bedrängt.“) Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, Herr Finanzdechant, bei Ihnen einen anständigen Einbruch zu machen; denn sonst kommen Sie vielleicht das nächstemal nach Bruck und holen sich dort Geld, statt nach Wien zu fahren. Ich muß schon schauen, die Geldmittel endlich auch auf andere Art und Weise aufzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin aber mit dem Aufzählen dessen, was wir geleistet haben, noch nicht beim Ende angelangt. Es ist uns weiter noch gelungen, die Gemeinde aus anderen Lagen herauszubringen. Wir haben mit dem Lande Steiermark einen Lehrforstvertrag, der noch heute der Stadtgemeinde Bruck ungeheure Lasten auferlegt. Wir kämpfen schon lange mit dem Lande, beziehungsweise mit der Landesregierung oder eigentlich mit dem Landesrate Winkler, der jetzt nicht hier ist, daß diese Sache für die Stadtgemeinde in besserer Form geregelt wird, als es bisher der Fall gewesen ist, weil es nicht angeht, daß eine Gemeinde für die große Allgemeinheit so ungeheure Lasten trägt. Weil sich in Bruck eine höhere Forstlehranstalt befindet, mußte die Gemeinde einige hundert Hektar Wald für den Schulunterricht abgeben und muß außerdem das dort erzeugte Holz zum Tagespreis kaufen, also die Stadtgemeinde Bruck muß zum jeweiligen Tagespreise der Lehrforstverwaltung ihr eigenes Holz abkaufen. Wir haben auch noch andere Verträge. Da ist ein Elektrizitätsvertrag. Die alte Wirtschaftspartei hat mit der Industrie Verträge auf 30 und 40 Jahre abgeschlossen gehabt. Wir waren daher auf diese Zeit hinaus noch mit diesen alten Verträgen belastet, mit den alten Ablieferungen, die leider vorhanden sind, die uns beinahe das Genick gebrochen haben. Wir mußten Tag und Nacht arbeiten, um zu sinnen, wie wir aus diesen Verträgen herauskommen könnten. (Zwischenrufe: „Die

sind damals nicht vernichtet, nicht eingestampft worden?“) Oh nein, die Verträge sind in Bruck geblieben, wonach die Stadtgemeinde Bruck verpflichtet war, der Mürztaler Papierfabrik-Aktiengesellschaft, der Firma Felten, Böhler und noch anderen Firmen, den Strom spottbillig zu liefern. Und erst unserer Aushebung von Paragraphen, unserer Gesetzeskenntnis ist es zu verdanken, daß wir eine Lücke gefunden haben, wo wir hindurchschlüpfen konnten. Es hat sehr lange gedauert, diese Verträge zu durchlöchern und zu einem anderen Preise zu kommen. Wir haben aber nicht die Strompreise so erstellt, daß man den Strom der Industrie geschenkt hat und der arme Lichtkonsument mehr bezahlen mußte. Bei uns zahlt die Industrie 600 K pro Kilowattstunde und die Lichtkonsumenten 1000 K. Ich überlasse es dem hohen Hause, zu beurteilen, ob diese Strompreise überhalten sind. Die Konsumenten zahlen nicht mehr ganz um die Hälfte mehr wie die großen Abnehmer, die den Strom natürlich billiger bekommen müssen, wie die kleinen Abnehmer. Aber wir haben dafür gesorgt, daß der Lichtkonsument das Licht zu einem Preise bekommt, zu dem er es bezahlen kann. Das Verhältnis ist jetzt umgekehrt. Während der Lichtkonsument früher dreißigmal mehr bezahlen mußte als die Industrie, bezahlt er jetzt nur mehr einmal soviel als die Industrie, und trotzdem ist das Elektrizitätswerk der Stadtgemeinde Bruck nicht nur aktiv, sondern es baut sich Jahr für Jahr immer vollkommener aus. Wir haben auch noch andere Verträge, und zwar die Verträge mit den Schulen. Die Stadtgemeinde Bruck muß erhalten zum großen Teile eine Realschule, eine Fachschule für Schlosserei und Holzbearbeitung, zwei Volksschulen, eine Bürgerschule und eine Musikschule, außerdem leistet sie für die Fortbildungsschule die Beheizung und Beleuchtung umsonst. Sie sehen also, auch auf dem Schulgebiete leisten wir Dinge, die sich sehen lassen können, allerdings haben sich, wie gesagt, die Verhältnisse ganz bedeutend geändert. Man hat der Gemeinde anlässlich der finanziellen Regelung der Abgabenertragsanteile mit dem Bunde die Bier-, Wein- und Branntweinsteuer weggenommen, die würde der Stadtgemeinde Bruck, wenn wir sie hätten behalten können, jährlich über 4 Millionen Kronen einbringen. An Steueranteilen haben wir für das Jahr 1923 nur 983 Millionen Kronen erhalten. Wir haben also nur ein Viertel bekommen, das andere ist uns verloren gegangen. Hier möchte ich nun einen guten Witz erzählen. Wir haben in Bruck 5, eigentlich 6 Banken oder Filialen. Da haben wir eine Bankenumsatzsteuer, und ich habe für 1923, ich will sagen für das erste Vierteljahr 1923, sage und schreibe, von diesen 5 oder 6 Banken 72.000 K Anteil an der Bankenumsatzsteuer bekommen. Ich habe nicht gewußt, soll ich das Geld vor lauter Wut beim Fenster hinaus-schmeißen oder soll ich zu den 72.000 K noch 28.000 K dazulegen und den Banken zurückschicken. Das wäre vielleicht das klügste gewesen. Ich will damit nur zeigen, wie im Verhältnis zu der Besteuerung der arbeitenden Bevölkerung die Banken verschont werden, wie es höher nicht mehr geht. Zu all dem kommt noch, daß man einesteils uns die Anteile an der Warenumsatzsteuer, der Personaleinkommensteuer und alle

übrigen Ertragsanteile, die uns gebühren, schuldig bleibt, die Gemeinde ihrem Schicksal überläßt, andernfalls uns aber Darlehen gegeben hat, Bundesdarlehen, die man zurückverlangen will, wofür wir 7 bis 9 Prozent Zinsen bezahlen sollen. Heute in der Früh ist nun in einer Zeitung gestanden, der Abg. Pichler von Bruck hat gestern drei Stunden lang ganz ziel- und planlos gesprochen. Damit Sie diesen Vorwurf gegen mich nicht erheben können, bemühe ich mich jetzt, damit Sie nicht sagen können, daß ich ziel- und planlos arbeite, die sozialdemokratische Gemeindegewirtschaft vor dem Lande Steiermark auszubreiten, um dem Finanzreferenten des Landes Steiermark ein Beispiel zu geben, wie man auf sozialpolitischem Gebiete arbeiten soll. Es ist ganz bestimmt der Mühe wert, daß ich dem Herrn Finanzreferenten 5 bis 6 Stunden, auch wenn er ein geistlicher Herr ist, ins Gewissen rede. Vielleicht bequemt er sich dann, sein Gewissen zu erforschen, seine Sünden nicht bloß zu beichten, sondern diese in Zukunft auch nicht mehr zu begehen. Das ist so in kurzem die finanzielle Gebarung der Stadtgemeinde.

Jetzt komme ich zur finanziellen Gebarung des Bezirksverwaltungsausschusses. Diese bringe ich deshalb, weil ich schon anfangs meiner Rede gesagt habe, daß ich gestern eine Art Generalbericht erstattet habe über die Tätigkeit von Gemeinde und Bezirk Bruck und weil ich gesagt habe, ich werde heute Ziffern bringen. Und was ich gesagt habe, das pflege ich auch zu halten, und deshalb werde ich heute beim Bezirksverwaltungsausschuß im besonderen ebenfalls die ganze Abrechnung und auch den Voranschlag für 1924 dem hohen Hause zur Kenntnis bringen, so eine Art Spezialdebatte über dieses Kapitel, damit niemand sagen kann, der Pichler hat ziel- und planlos gesprochen und das hohe Haus hätte es nicht verstehen können, um was es sich handle. Man soll immer so deutlich sein als möglich. Nachdem man immer sagt, die Sozialdemokraten sind keine Deutschen, will ich damit den Beweis erbringen, daß wir recht gute Deutsche sind, weil wir so viel auf sozialem Gebiete für das deutsche Volk geleistet haben, für das Kultur- und für das Bildungsweisen, so viel, als man eben leisten kann, um das Niveau der Kultur des arbeitenden Volkes soweit als möglich zu heben und zu pflegen. Ich komme nun zur finanziellen Gebarung des Bezirksverwaltungsausschusses in Bruck. Hier hätte ich zu berichten: Die Haupteinnahme des Bezirksverwaltungsausschusses für 1923 besteht aus den Umlagen im Betrage von 680.000.000 K. Dazu kommen noch die 50 Prozent aus der Lohn- und Gehaltsabgabe mit 263.000.000 K, die übrigen Einnahmen samt Zinsen und Krankenversicherungsbeiträgen mit 1.608.799 K, 782.000 K und 286.000 K. Ich bringe diese Ziffern wieder nur deshalb, um detailliert nachzuweisen, daß die Interpellation des Abg. Lanner im Bundesrate nicht den Tatsachen entspricht und daß die Anwürfe, die in der Zeitung über die Brucker Wirtschaft erhoben wurden, nicht stichhältig sind. Um die Ausgaben zu charakterisieren, da stehen im Jahre 1923 in erster Linie für Straßenerhaltung, und zwar für die Breitenauer Straße, 61.000.000 K, für die Straße in St. Marein 25.500.000 K, für die Straße in Tragöß 265.000.000 K

und für allgemeine andere Straßenausgaben 356.000.000 K. Dazu kommen dann die Auslagen für Gehälter und Löhne im Betrage von 173.000.000 K. Auch leisteten wir im Jahre 1923 an das Bezirksjugendamt 170.000.000 K. Weiters haben wir für die Mürzregulierung in Hafendorf 42.000.000 K beigetragen, die Kosten für Schotter betrugen 81.000.000 K. Demgegenüber stellt sich die Verwaltung auf: Gebühren für die Funktionäre des Verwaltungsausschusses ... — und da habe ich mitzuteilen, daß der Obmann im Monat 50.000 K bekommt für die Arbeiten, die er beim Bezirksverwaltungsausschuß leistet, also wirklich nur Anerkennungszins. Wenn ich Raucher wäre, wüßte ich nicht, wie ich mein Bedürfnis an Zigaretten damit befriedigen sollte. So bin ich Nichtraucher, hätte ich die 50.000 K nicht, könnte ich auch nichts machen. — Wir haben also 1923 für Gehälter Ausgaben von 40.000.000 K, Pensionen 11.500.000 K, Beheizung, Kanzlei- und Schreibrequisiten 29.000.000 K. Jetzt kommt das Subventionskapitel: an Subventionen haben wir ausgezahlt 19.500.000 K, an Subventionen, wie man sie nennt, für Landeskulturangelegenheiten 29.400.000 K, Stierprämierung und Stierkörung, die kosten ziemlich viel, für Schubweisen 2.300.000 K, für Feuerwehr 2.700.000 K, für Erhaltung der Gebäude 11.000.000 K, Darlehen aus Bundesmitteln, Zinsengewährung, erfordert 1.700.000 K. Im Jahre 1922 haben wir einen Überschuf von 258.127.000 K gehabt; dieser ist aber im Jahre 1923 bedeutend herabgesunken. Wir haben fast keinen Reingewinn, sondern einen Abgang. Wir haben einen Geldumsatz gehabt von 3.471.869.121 K. Nun komme ich, weil dies zusammengehört, um die Sache verständlich zu machen, vom Abschluß für 1923, der einen Geldumsatz von nahezu 4 Milliarden Kronen erfordert hat, zum Voranschlag für 1924. Dieser erfordert fast 5 Milliarden Kronen und ist mit beiläufig $1\frac{1}{2}$ Milliarden bedeckt. Wir brauchen für die Tragößer Straße an Arbeitslohn 79.000.000 K, Schotter und Zufuhr 130.000.000 K, Objektsherstellungen 20.000.000 K, besondere Herstellungen 675.000.000 K. Es kostet uns also die Tragößer Straße allein 820.000.000 K, während die ganzen Einnahmen des Bezirkes für das Jahr 1924 nur 1.500.000.000 K betragen. Für die Straße in Breitenau brauchen wir an Löhnen 65.000.000 K, für Schotter, Fuhrlohn 69.000.000 K, Objektsherstellungen 20.000.000 K, besondere Herstellungen 10.000.000 K, das sind zusammen 154.000.000 K. Wir brauchen für die St. Mareiner Straße an Löhnen 15.000.000 K, Schotter und Fuhrwerke 24.000.000 K, Objektsherstellungen 5.000.000 K, besondere Herstellungen 5.000.000 K, zusammen 49.000.000 K. Nun brauchen wir für Herstellungen an der Pernegger Brücke 2.000.000.000 K. Für andere Herstellungen brauchen wir: Gelände und Wege 69.000.000 K, für Einhebungs- und Vorschreibungsgebühr — das ist ein interessantes Kapitel: Dafür, daß wir vertraglich vom Bunde unsere Ertragsanteile bekommen, muß der Bezirksverwaltungsausschuß dem Bunde für die Einhebung der Umlagen 10 Prozent der Steuersumme bezahlen. Wir müssen im Jahre 1924 für Steuereinhebung an den Bund nicht mehr und nicht weniger

als 230.000.000 K für die Einhebung der Steueranteile an den Bund abführen. Sie sehen aus diesem Kapitel, aus den Ziffern, die ich vorgelesen habe, daß wir weit über 4.000.000.000 K ausgeben. Ich will es ersparen, die Einzelposten auch noch zum besten zu geben. Ich habe nur die Rohziffern genannt. Demgegenüber haben wir an Ausgaben, die sein müssen, und dazu kommt der Anteil bei der Mürzregulierung mit dem Betrage von 800.000.000 K. Die Mürzregulierung des Hafendorfer und Kapsenberger Projektes wird 9 bis 10 Milliarden Kronen kosten. Wir zahlen 800.000.000 K. Dazu kommen die kleinen Gemeinden, die Straßen und Gemeindewege haben, und sagen, wir haben kein Geld, du, Bezirksverwaltungsaußschuß, übernimmst die Straßen in deine Erhaltung. Auch da müssen wir für 1924 80.000.000 K ausgeben, und demgegenüber haben wir nur Einnahmen von 150 Prozent Bezirksumlage und die Einnahmen aus der Lohn- und Gehaltsabgabe, die sich das Fürsorgeamt und der Bezirksverwaltungsaußschuß teilen müssen. Woher die anderen Gelder nehmen? Aus dem Arme! kann ich es nicht beuteln. Der Bezirksverwaltungsaußschuß besteht weiter, hat die Aufgabe, weitere Straßen instand zu halten, Regulierungen durchzuführen, Brücken zu bauen und zu erhalten, und dazu kein Geld. Gegenüber dem großen Erfordernis machen die Subventionen, die der Bezirksverwaltungsaußschuß für Landeskultur, Stierprämierungen, Stierkörungen, Subvention an die Murbodener Viehzuchtgenossenschaft, Subvention an Schulen, an die amerikanische Kinderauspeisung, für Schülerprämien der Realschulen, der Fachschule für Schlosserei und Holzbearbeitung leistet, samt 6.000.000 K für den Republikanischen Schußbund, zusammen 122.000.000 K aus. Wo ist hier die Berechtigung, zu sagen, daß das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird. Man muß die Ziffern und Tatsachen kennen, dann wird man derartige Behauptungen nicht nur für unrichtig, sondern für höchst unanständig erklären, wenn man in den Zeitungen so herumschmiert und schreibt. Ich habe übrigens noch nicht alle Kapitel aufgezählt. Ich habe auf die Fürsorge der Feuerwehr vergessen, ein Kapitel, das auch das Land Steiermark interessiert. Hier tritt die Frage auf in Bezug auf die Besspannungskosten. Die Versicherungsgesellschaften weigern sich, wenn ein Brand ausbricht, irgend etwas zu den Besspannungskosten beizutragen, weil sie sagen, sie müßten innerhalb der Versicherungssumme ohnedies 10 Prozent für diese Zwecke abführen, beziehungsweise bereitstellen. Dabei benehmen sich einzelne Herrschaften, bei denen ein Brand ausbricht, in unglaublicher Art und Weise. So möchte ich Ihnen erzählen, als in St. Ruprecht der Brand ausgebrochen ist und die Feuerwehr von Diemlach zu Hilfe gekommen ist, hat der Wirt für das Einstellen der Pferde 300.000 K verlangt, obwohl es auch um seinen Besitz gegangen ist. Oder es hat sich ein Fall ereignet, daß ein Teil einer großen Fabrik abgebrannt ist, wozu die Feuerwehr ausgerückt ist. Die Feuerwehr und der Bezirksverwaltungsaußschuß haben versucht, von diesem Betriebe, dem wir acht Zehntel seines Besitzes gerettet haben, die Besspannungskosten hereinzubekommen. Es war unmöglich, von diesem Unternehmen diese

640.000 K Besspannungskosten zu bekommen. Einen laugroben Brief haben wir bekommen. Es ist noch nicht alles. Es dreht sich nicht nur um die Besspannungskosten für die Ausrückung bis zur Brandstätte, sondern um die Besspannungskosten während des Brandes. Es dreht sich darum, die Kosten, die der Benzinverbrauch hauptsächlich während der Feuerlöscharbeiten erfordert, irgendwie hereinzubringen. Die Gemeinden haben die Verpflichtung, einen Teil ihrer Einnahmen für Feuerwehrzwecke zur Verfügung zu stellen. Aber es fragt sich, wer wird zahlen? Und da kommen alle Feuerwehren, und wir haben im Bezirke sehr viele, und sagen, wir waren auf dieser Brandstätte und das hat soundsoviel gekostet. Aber die Versicherungsgesellschaft zahlt nichts, der Abbrandler zahlt nichts, das Land erklärt, keine Verpflichtung zu haben, zu zahlen, auch die Gemeinden sagen, sie haben kein Geld, und dann kommen sie wieder zum Bezirksverwaltungsaußschuß und verlangen von ihm die Zahlung der Besspannungskosten auch während der Tätigkeit der Löscharbeiten. So kann man die Dinge nicht machen, und dann möchte ich bitten, wenn es schon heuer nicht möglich sein sollte, wenigstens im nächsten Budget eine Summe einzusetzen, welche genügen dürfte, um für solche Fälle einigermaßen Vorsorge zu treffen, und auch Vorsorge zu treffen, daß die Frage geregelt wird, wer die Kosten am Brandplatze zu zahlen hat. Es nützt einmal nichts, die Feuerwehr kann nicht zahlen, und von den Feuerwehrmännern, die ihr Leben opfern und die nie wissen, wie sie vom Brande nach Hause kommen, kann man nicht verlangen, daß sie für die Kosten aufkommen. Wenn der Bezirk verpflichtet ist, alle diese Kosten zu tragen, so bin ich als Obmann verpflichtet, die Frage aufzuwerfen, woher das Geld nehmen, wenn keines vorhanden ist, um diesen Anforderungen an die Bezirke gerecht werden zu können. Wir müssen in dieser Frage allen Ernst daransetzen, denn vor kurzem hat im Oberland eine Konferenz der Feuerwehrhauptleute stattgefunden, an welcher ich teilgenommen habe, und bei dieser Konferenz sind die schwersten Beschwerden vorgebracht worden, die darin gipfelten, daß die öffentlichen Körperschaften, besonders das Land Steiermark, dieser Frage wohl viel Papier widmet, aber absolut kein Geld aufbringen will. Wir müssen auf irgend eine Art und Weise einen namhaften Betrag in den Voranschlag einsetzen, damit die Frage der Besspannungskosten, die Form der Aufteilung auf die Bezirke, je nach Maßgabe der Ausgaben geregelt wird.

Ich habe schon ausgeführt, daß die Bezirksverwaltungsaußschüsse daran gehen müssen, den Versuch zu unternehmen, Versorgungshäuser zu schaffen, denn diese Frage ist noch lange nicht geregelt, und auch die Lohnverhältnisse der Bezirks- und Gemeindeangestellten zu regeln. Um nochmals auf die Feuerwehr zurückzukommen, möchte ich bitten, daß diese Frage, obwohl sie in das Ressorts des Herrn Landesrates Reßel gehört, der ja an verschiedenen Konferenzen und Beratungen teilgenommen hat, aber mit diesen Beratungen ist ja nicht gedient, daß diese Wünsche einigermaßen berücksichtigt werden. Der Bezirksverwaltungsaußschuß hat, wenn man seine Pflicht erfüllen soll,

eine ungeheure Summe von Arbeit im Interesse der gesamten Öffentlichkeit des Bezirkes zu leisten. Diese Arbeiten können aber nur geleistet werden, wenn die Funktionäre der Bezirksverwaltung von Jahr zu Jahr wissen, wo sie das Geld herbekommen, diese Arbeiten einigermaßen bewältigen zu können. Nach dieser Frage trifft noch ein Umstand auf, daß die bäuerlichen Vereinigungen, die Tierzuchtgenossenschaft immer mehr darauf kommen, daß der Bezirksausschuß dazu berufen sei, die Tierzucht im Lande soweit als möglich zu fördern. Aber so kann man die Dinge nicht machen, wie es beispielsweise in dieser Hinsicht in Bruck geschehen ist, daß der Tierzuchtinspektor von St. Michael nach Bruck versetzt wurde und der Herr Landesrat O a ß einfach der Stadtgemeinde Bruck vorgeschrieben hat, innerhalb 14 Tagen zwei Kanzleiräume und eine Wohnung für diesen Tierzuchtinspektor zu verschaffen. Ich war bisher der Meinung, daß Herr Landesrat O a ß in der Wirklichkeit lebt und nun kommt er und stellt eine Forderung auf, man soll in einem Industriorte innerhalb 14 Tagen für den Tierzuchtinspektor eine Wohnung schaffen, wo in Bruck ohnehin schon 650 Wohnungsuchende vorhanden sind, was aber für ein Geldbetrag bezahlt wird, darin ist in diesem Briefe kein Wort enthalten. Wir sind ja gerne bereit und ich habe dies auch schon gestern gesagt, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion soweit als möglich zu unterstützen, andererseits dürfen aber die verantwortlichen Funktionäre der bäuerlichen Bevölkerung, die Führer der Bauernorganisationen nicht immer in den Zeitungen und in den gesetzgebenden Körperschaften gegen den Bezirksverwaltungsausschuß, weil Sozialdemokraten drin sitzen, losgehen, und dürfen nicht die Sozialdemokraten beschuldigen, daß sie die Gelder verschleudern. Man sollte versuchen, die bäuerlichen Organisationen aufmerksam zu machen, welche Aufgaben der Bezirksverwaltungsausschuß auch dort, wo er von Sozialdemokraten geleitet wird, zu erfüllen hat.

(Präsident Steiner übernimmt den Vorsitz.)

Es ist deshalb notwendig, über diese Dinge im hohen Hause zu sprechen, weil, wie schon darauf hingewiesen wurde, es auch Aufgabe des Bezirksverwaltungsausschusses ist, der Arbeitslosenfrage größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Bezirksverwaltung verpflichtet ist, den Gemeinden bei der Lösung dieses schweren Problems behilflich zu sein. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann und den Herrn Finanzreferenten bitten, bei der Bundesregierung dahin einzuwirken, daß wenigstens hinsichtlich der produktiven Arbeitslosenfürsorge den Bezirken mehr unter die Arme gegriffen wird, als es bisher der Fall gewesen ist. Vielleicht gelingt dies aus den Investitionskrediten, aber eines ist festzustellen, so wie bisher gehen die Dinge unmöglich weiter. Man kann nicht alles verlostern lassen, wir haben die Wege und Straßen im Bezirke so zu erhalten, wie sie sein sollen. Ich glaube auch über dieses Kapitel in ganz sachlicher und mit Ziffern belegter Weise eingehend berichtet zu haben. Herr Kollege H o r n i k, der jetzt erschienen ist und gestern leider nicht mehr da war bis zum Schlusse meiner Ausführungen . . . (H o r n i k : „Ich war bis zum Schlusse

da und habe alles genossen!“) — dann bitte ich um Entschuldigung — aber ich möchte ihn doch bitten, endlich bei seiner Partei den Versuch zu unternehmen, nicht bloß mit demagogischen Mitteln gegen die Sozialdemokraten zu Felde zu ziehen, nicht bloß Eingaben an die Landesregierung zu richten, sondern eine Arbeit auch als Minderheit zu leisten, sowohl im Interesse der Gemeinde als auch des Bezirkes. Es geht nicht an, nur Behauptungen aufzustellen, die zu beweisen man nicht in der Lage ist. Wenn ich wollte, könnte ich noch viele Dinge vorbringen, die vorgebracht werden sollten, aber ich will nur einige Kapitel nochmals streifen, damit über die Forderungen, die die sozialdemokratische Partei in diesem hohen Hause erhebt, vollständige Klarheit ist. In den heutigen Zeitungen wird geschrieben, daß der Beweis erbracht sei, daß die sozialdemokratische Partei Obstruktion betreibt. Nein! Von einer solchen kann keine Rede sein, sondern wir geben diesmal bei der Budgetberatung unserer Überzeugung Ausdruck, daß es einmal notwendig ist, nicht bloß immer vom Finanzreferenten Versprechungen zu hören und immer nur von der Zusammenlegung und der Vereinfachung des Verwaltungsapparates Versprechungen zu hören, sondern daß tatsächlich diese Notwendigkeiten endlich durch den steirischen Landtag erfüllt werden müssen. Die Mehrheitsparteien — die Christlichsozialen und Großdeutschen — sind für die Führung der Landesgeschäfte verantwortlich, dafür, daß die Volkswirtschaft draußen in den Bezirken und Gemeinden nicht zusammenbricht und dafür verantwortlich, daß wenigstens in großen Umrissen Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird. Und eines müssen wir als Provinzvertreter, als Bürgermeister und Obmänner der Bezirksverwaltungsausschüsse sowie als Abgeordnete feststellen, daß, sowie die Wirtschaft im Lande bisher war, wie das Benehmen der Landesregierung bisher war, wir zu ihr kein Vertrauen haben können. Wir können unmöglich zu den Funktionären des Landes ein Vertrauen haben, die alle fünf Minuten bei Paraden und Ausrückungen der Heimwehr anwesend sind und sich dort anstrudeln lassen. Wir können unmöglich ein Vertrauen haben zu einer Landesregierung, in deren Reihen ein Landesrat Dr. H ü b l e r sitzt, der in seiner Stellung darauf ausgeht, Gendarmereoffiziere oder Beamte, die ihm nicht passen, auf das gemeinste zu denunzieren und zu versuchen, sie von ihren Posten wegzubringen. Wenn man sagt, aus nationalen Gründen, ja hohes Haus, wenn wir dann dem Beispiel des Herrn Doktor H ü b l e r folgen würden, dann müßten wir draußen in den Gemeinden alle jene Angestellten auf das Pflaster werfen, die noch aus alter Zeit Deutsch-nationale oder Christlichsoziale und Bauernbündler sind. Ich stelle fest, daß in der Stadtgemeinde Bruck noch nicht ein einziger Angestellter entlassen wurde, obwohl sie unsere politischen Gegner sind. Ich stelle fest, daß noch von keinem verlangt wurde, daß er entfernt wird, weil er der sozialdemokratischen Bevölkerung nicht gefällt und wir hätten wirklich Angestellte, die unserer sozialdemokratischen Bevölkerung nicht gefallen. Aber ich meine, so weit können die Dinge doch nicht gehen. Wenn ein Beamter seine

Pflicht erfüllt, seine Arbeit leistet, wie es sich gehört, dann frage ich in der Gemeindestube nicht um seine Gesinnung, ich verlange von ihm seine Arbeit, seine Pflichterfüllung und die Einhaltung der disziplinarischen Bestimmungen. Um etwas anderes habe ich in Bruck noch nicht gefragt. Wenn man ein derartiges Beispiel bekommt, wie es der Herr Landesrat Dr. Hübler gibt, wenn wir dieses freudeutsche Beispiel nachahmen, dann können wir zur Spitzelkanzlei der Landesregierung eine zweite Spitzelkanzlei dazubekommen, die nichts anderes zu tun hat, als die Gesinnung der öffentlichen Angestellten auszuforschen. Ich bin der Überzeugung, und in Bruck ist es auf Grund der Behandlung der Angestellten nachgewiesen, soweit dürfen die Dinge nicht gedeihen. Wenn Sie fragen wollen, wie die Stadtgemeinde Bruck mit ihren Angestellten steht, dann bitte sich nach Bruck zu begeben und dort die Beamten zu fragen, ob wir während der fünf Jahre sozialdemokratischer Tätigkeit auch nur ein einziges Mal einen Konflikt mit den Angestellten gehabt haben. Wir haben jedesmal, soweit dies möglich war, ihren Forderungen Rechnung getragen, haben uns in freundschaftlicher Weise mit ihnen auseinandergesetzt, haben ihren Wünschen Rechnung getragen und ihnen beigebracht, wie die Dinge stehen und heute kann ich sagen, daß aus vielen unserer einst verbissenen Gegner ein ganz angenehmer und freundlicher Mitarbeiter geworden ist. Ich bin überzeugt, daß wir in vielen Gemeinden diese ehemals gegnerischen Angestellten, diese Leute auf Grund dieser unserer Politik auf unsere Seite bringen werden, weil sie die geleisteten Arbeiten ja sehen, weil alles durch ihre Hand geht, so daß sie in kürzester Zeit zur Überzeugung kommen werden, daß man, wenn man bei den Gemeinde- und sonstigen Wahlen sozialdemokratisch wählt, nicht schlecht fährt. Hier kommt auch die Abbaufrage in Betracht. Der Bund hat abgebaut, baut noch ab, wir haben auch eine Regelung der Angestelltenfrage vorgenommen, aber nur in jenem Maße, in dem wir uns bewußt waren, daß darunter der Dienst der Gemeinde nicht leidet. Wir haben nicht abgebaut, weil unter allen Umständen auf Kosten der Beamten gespart werden muß, sondern wir haben uns gesagt, es nützt dieser wahnsinnige Abbau, wie er seitens des Bundes betrieben wird, nichts, weil man auf der andern Seite, wie bei der Eisenbahn, dann die pensionierten Beamten wieder einberufen muß, um den Dienst aufrecht erhalten zu können. Eine derartige Sanierung ist ein Blödsinn, ist nicht zu verantworten, wie wir es jetzt in der Schweiz gesehen haben durch das ungeheure Eisenbahnunglück, wohin solche Dinge hinführen müssen. Die Gemeinden können nicht abbauen. Wir haben früher kein Jugendamt, kein Fürsorgewesen, keine Haushaltungsschule gehabt und das Armenwesen war nur im geringen Maße ausgebaut. Wir haben eine Anzahl von Mehrarbeiten durch den Bund und das Land hinzubekommen und sind deshalb nicht imstande, einen Abbau vorzunehmen, weil darunter die Gemeinde und die Bevölkerung schweren Schaden erleiden würde. Nun kommt das interessante Kapitel bei dieser Angestelltenfrage, wo der Bund die Besoldungsreform macht. Die meisten sozialdemokratischen

Gemeinden haben sich verpflichtet, ihre Angestellten nach dem Bundesschema zu bezahlen. Wir zahlen auch nach dem Bundesschema, alle Begünstigungen, die der Bund gewährt, gewähren auch wir als Gemeinden und da findet sich nun folgender Passus: Der Bund hat den Gemeinden vorgeschrieben, wir dürfen nicht mehr zahlen als der Bund, wir dürfen keine Begünstigungen gewähren, wie gesagt, wir dürfen nur das zahlen, was der Bund bezahlt. Aber wir haben trotzdem Mittel und Wege gefunden, um in mancher Beziehung, wo die Besoldungsreform Härten für die Angestellten beinhaltet, diese abzustellen und den Beamten das zu geben, womit sie leben können. Aber der Bund, nach dessen Besoldungsschema wir die Angestellten entlohnen, bleibt uns erstens die Ertragsanteile schuldig, zweitens müssen wir unser Bundesdarlehen nicht nur verzinsen, sondern drittens macht uns der Bund trotzdem, daß er bald nichts mehr leisten wird, noch im Bezug auf die Angestelltenfrage Vorschriften, die auf die Dauer von den Gemeinden nicht mehr zu ertragen sind. Was nützt es uns, wenn der Bund versichert, er gibt einen Personalzuschuß und es wird, wenn eine neue Stelle im Jugendamt oder in irgend einem andern Zweige kreiert wird, vom Bund ganz einfach dieser Personalzuschuß nicht bezahlt. Oder, wenn die Gemeinde eine tüchtige Kraft einmal in eine bessere Besoldungsgruppe stellen will, dann kommt der Bund und sagt, das darfst du nicht tun und wir mußten als Gemeinde Bruck alle Angestellten derselben, die wir höher eingereiht hatten, auf Grund des Einschreitens des Bundes wieder in niedere Gruppen zurückversetzen. Also auf der einen Seite stärkste Einflußnahme des Bundes und auf der andern Seite bleibt der Bund uns das Geld schuldig, welches dazu gehört, um diese Angestellten bezahlen zu können. Es liegt in unserm sozialen Programm, für die Angestellten das zu tun, was getan werden muß und was möglich ist. Aber so geht es nicht, wie es der Bund macht, daß er den Gemeinden und den Bezirksverwaltungsausschüssen das Geld schuldig bleibt, die Gemeinden dann ihrem Schicksal überläßt und jetzt sogar noch hergehen will, daß er den Gemeinden, die ohnehin schon so viele Arbeit zu leisten, so viele Sorgen zu tragen haben, von ihren Einnahmen, die sie bis jetzt hatten, auch noch einen großen Teil wegnehmen will. Ich habe schon früher gesagt, ich bin neugierig und fürchte mich schon von vornherein auf den Moment, wo die Auseinandersetzung zwischen dem Land und den Gemeinden vor sich gehen wird, denn zu diesem Ausgleichsfonds, von dem hier etwas erzählt wurde und der geschaffen werden soll anlässlich dieser Abgabenteilungsnovelle, von diesem Ausgleichsfonds, von dem die notleidenden Gemeinden dann Beträge erhalten sollen, um ihre Wirtschaft führen zu können, haben wir sozialdemokratischen Gemeinden nicht viel, oder doch nur sehr wenig zu hoffen, weil wir die Erfahrung haben und ganz genau wissen, daß bei der Parteilichkeit, die in der Landesregierung in Steiermark herrscht, aus diesem Ausgleichsfonds, der geschaffen werden soll, wohl die christlichsozialen und großdeutschen Gemeindeverwaltungen Gelder bekommen werden, während man, so wie bisher den sozialdemokratischen Gemeinde- und

Bezirksvertretungen so viel Prügel als nur möglich zwischen die Füße werfen wird. Zu diesem Problem, das ich in Bezug auf die Abgabenteilung, in Bezug auf die Angestelltenfrage aufgeworfen habe, kommt noch dazu, daß den Gemeinden, wenn die Abgabenteilung durchgeführt wird, jede Möglichkeit, eigene Einnahmequellen zu erfinden, genommen werden soll. Wo soll die Gemeinde Einnahmen hernehmen? Bei der Abgabenteilung nimmt man ihr weg, da wird gestrichen, und auf der anderen Seite, was soll sie draußen denn noch besteuern? Die direkten Steuern sind Bundes- und Landessteuern, die indirekten Steuern ebenfalls. Wir sollen Hundeabgaben einführen, eine Fensterabgabe könnten wir vielleicht beschließen, eine Schilderabgabe usw. Aber auch für diese kleinen Steuern brauchen wir die Zustimmung der Mehrheit des Landes in Steiermark. Die Gemeinden von Obersteiermark und alle sozialdemokratischen Gemeinden sind auf Gnade und Ungnade dem Lande Steiermark ausgeliefert und sie zerbrechen sich vergebens den Kopf, wo sie die Mittel hernehmen sollen. Wenn man die Lohn- und Gehaltsabgabe erhöht, die Grund- und die Gebäudesteuer, so ist das ja ganz richtig für das Land eine Einnahme, aber die Gemeinden und Bezirke müssen leider, weil sie andere Einnahmequellen nicht haben, zu dieser Landesgrund- und Landesgebäudesteuer Zuschläge einheben. Eine andere Möglichkeit, Steuern ausfindig zu machen, Einnahmen zu bekommen, gibt es nicht. Wo werden wir das hernehmen? Heute gibt es Gemeinden, und zwar nicht sozialdemokratische, die 1200 Prozent Gemeindeumlagen einheben, eine Gemeinde sogar, die 1500 Prozent verlangt hat, um bestehen zu können. Wo soll das hinführen mit der Zeit? Wir in Bruck haben auch 600 Prozent Gemeindeumlagen auf Grund der fehlenden Bedeckung für den Voranschlag beschließen müssen. Bei dieser Sache möchte ich noch eines feststellen: Der Herr Kollege Hornik hat gestern, vielmehr in seiner Eingabe an die Landesregierung, gesagt, daß die Stadtgemeinde Bruck, das heißt der Bürgermeister, bei seinen Überschreitungen über 780 Millionen Kronen mehr ausgegeben hätte, als er das Recht gehabt hätte. Ich habe früher bei der Verlesung der Ziffern festgestellt, daß der ganze Abgang des Jahres 1923 überhaupt nur 370 Millionen Kronen beträgt. Wie reimen Sie sich denn das zusammen? Auch eine Ziffer, die so recht die Ungerechtigkeit der gemachten Eingabe beweist. Ich möchte auf Grund dieser Tatsache, auf Grund der Frage, die ich hier aufgerollt habe, sagen, wir Sozialdemokraten verlangen endlich einmal von der christlichsozialen-großdeutschen Mehrheit dieses Landes, daß sie für die Gemeindepolitik mehr Verständnis aufbringt, daß sie die parteiische Vorgangsweise gegen die sozialdemokratischen Gemeinden endlich beiseite läßt und daß die sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen genau so behandelt werden, wie ihre Gemeindevertretungen. Mehr wollen wir nicht. Wir wollen von der steiermärkischen Landesregierung, von ihren Landeshauptleuten nicht mehr als das, daß man uns genau nach den gesetzlichen Bestimmungen, aber nicht nach der Auslegung des Buchstabens, sondern sinngemäß behandelt. Wir

verlangen weiters, daß der Unfug abgestellt wird seitens der Landesregierung, daß Eingaben der sozialdemokratischen Gemeinden jahrelang liegen bleiben. Wir haben in Bruck Fälle in verschiedenen Angelegenheiten, wo wir drei Jahre auf eine Erledigung gewartet haben. Wir haben Fälle von anderen Gemeinden, wo es zur Gewohnheit geworden ist, bei unangenehmen Dingen den Akt ein Jahr und länger liegen zu lassen. Wir haben aber nicht bloß diese kleinen Dinge zu bemängeln, die eigentlich ja auch nicht klein, sondern in Bezug auf die Autonomie der Gemeinden von größter Bedeutung sind, sondern auch noch andere Sachen, und zwar ist das eine Frage, die ich heute nochmals streifen will. Wir werden es uns nicht bieten lassen, daß man uns die Autonomie der Gemeinde auf diese Art und Weise schmälert, wie man dies in den letzten Zeiten getan hat. Die Gemeinde ist der Grundstein des Staates, die Gemeinde hat ihre bestimmten Freiheiten, hat ihre bestimmten Notwendigkeiten und es darf absolut nicht mehr gemacht werden, daß die steiermärkische Landesregierung bloß wegen der Eingabe einer ihr befreundeten Partei eine sozialdemokratische Gemeindevertretung hunzt und heßt wie die Hunde ein Wild, ohne auf das Gesetz, auf das Rücksicht zu nehmen, was der Öffentlichkeit in den Industriegemeinden nützt. Wir verweisen darauf, daß wir endlich vom Lande Steiermark verlangen, daß in der Wohnungsfrage den Gemeinden entgegengekommen wird, wir verlangen draußen als Gemeindevertreter, daß die Landesregierung endlich einmal von ihrer oft direkt unanständigen Handlungsweise gegenüber den Gemeinden und Bezirken Abstand nimmt und uns draußen auf dem Lande, in den Gemeinden und Bezirken so behandelt, wie wir es verdienen auf Grund unserer nachgewiesenen Tätigkeit, die einzig und allein im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist. Wir verlangen von der Mehrheit der Landesregierung, daß sie den Forderungen der sozialdemokratischen Partei, die die große Mehrheit der städtischen und Industriebewölkerung vertritt, mehr Beachtung schenkt und daß ihre Vertreter so gewertet und geachtet werden, wie sie es als gewählte Vertreter das Recht haben. Wir lassen uns nicht mehr von den Vertretern der Mehrheitsparteien so behandeln, wie man einen Schuhfetzen behandeln kann. Wir vertreten Tausende von Wählern, wir vertreten einen großen Teil, den größten Teil der Industriegemeinden, wir haben ungeheure Interessen der öffentlichen Bevölkerung zu wahren und wir verlangen daher als vollständig gleichwertige Partner behandelt zu werden, nicht so wie bisher, daß man die Sozialdemokraten hat verlangen lassen, ihnen hernach sehr leicht ins Gesicht hinein die Erfüllung ihrer Wünsche versprochen und hinterher es aber hat sein lassen. Sie üben hemmenden Einfluß auf Verwaltung und Beamte, nicht das zu tun, was getan werden soll. Unter diesen Umständen bleibt uns als sozialdemokratischen Abgeordneten nichts anderes übrig, als der Mehrheit der Landesregierung, der Mehrheit dieses hohen Hauses, zuzurufen, weg die Hände von der Autonomie der Gemeinde, weg mit diesem frevelhaften Spiel, welches nur Parteipolitik kennt, keineswegs aber die Interessen der allgemeinen

Bevölkerung. In diesem Sinne wollen wir hoffen, daß bei der Budgetberatung sowohl in der General- als auch in der Spezialdebatte die gerechten Forderungen der sozialdemokratischen Partei, die wir seit Jahren stellen, endlich einmal erfüllt werden und daß hiebei, das verlangen wir draußen, die wir die Vertreter des arbeitenden Volkes sind, daß unsere Vertreter in der Landesregierung so behandelt werden, wie sie es verdienen, nicht, daß man ihnen ins Gesicht sehr schön tut und hinterher macht, was man will. Wenn die christlichsoziale-großdeutsche Mehrheit Wert darauf legt, auch in Zukunft in Frieden und Ruhe mit uns Sozialdemokraten zu arbeiten, dann bitte ich, so zu arbeiten, daß diese Arbeit nicht nur einer Partei, sondern der ganzen Allgemeinheit zugutekommt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ing. Wihany: Hohes Haus! Es ist zweifellos nicht sehr leicht, als Nachfolger des Abg. Pichler im Landtage zu sprechen. Feststellen möchte ich als Redner meiner Partei, daß das, was wir bisher als Generaldebatte zum Landesvorschlage gehört haben, wohl nicht als Generaldebatte aufgefaßt werden kann. Ich glaube, gerade mein letzter Vorredner hat den parlamentarischen Gedanken in der steirischen Bevölkerung durch seine Rede nicht vertieft und ich glaube, er hat auch seiner Partei damit keinen guten Dienst geleistet. (Wallisch: „Dann seien Sie froh darüber!“) Es ist bekannt, daß das Hauptinstrument gerade der arbeitenden Bevölkerung das Forum des Landtages oder des Nationalrates ist und ich meine, man sollte dieses Forum nicht in seinem Werte der ganzen Öffentlichkeit gegenüber herabsetzen. Wir hätten, wenn die Debatte ordnungsgemäß verlaufen wäre, es nicht notwendig gehabt, einen zweiten Redner in die Generaldebatte zu schicken. Wir wissen aber, wenn große Gegensätze bestehen, so werden diese Gegensätze einmal bereinigt, und wir fürchten aus diesem Grunde, daß die Generaldebatte auf einmal plötzlich abreißen wird und daß auf Grund der Ermüdung auch die Spezialdebatte ebenso plötzlich abreißt. Aus dem Grunde haben wir noch weitere Redner in der Generaldebatte angemeldet.

Ich will mich nun in meinen Ausführungen befassen einmal mit der Rede des Herrn Abg. Gföller, denn das war bisher die einzige sachliche Auseinandersetzung auf agrarpolitischen Gebiete. Gleichzeitig war die Rede Gföllers das erste parlamentarische Auftreten der Kleinbauernpartei im steirischen Landtage. Abg. Gföller hat zweifellos mit sehr viel Fleiß und mit anerkanntem Talent sich in die schwierige Lage der Agrarpolitik hineingearbeitet und seine Ausführungen waren auch vollkommen sachlich. Etwas weniger gut in das agrarpolitische Problem haben sich die anderen Redner der Sozialdemokraten bisher hineingefunden. Es sind dies die Herren Abg. Aust, Rosenwirth, Pichler und Wallisch. Es hat jeder von ihnen irgendein landwirtschaftliches Gebiet ausgeschöpft. Abg. Aust hat sich mit der Stierprämierung, Abg. Rosenwirth mit der Ziegenzucht, Abg. Pichler mit der Kälberzucht, er hat auch Mondkälber (Heiterkeit!) gezüchtet, beschäftigt und Abg. Wallisch hat sich das ihm nächstliegende Gebiet ausgesucht, nämlich die Dünger- und Jauchen-

pflege. Ich möchte aber sagen, es ist jetzt die ungünstigste Jahreszeit, die Sie sich für landwirtschaftliche Fragen ausgesucht haben. In Kürze werden die Bäume ausgeschlagen und der Salat zu schiefen beginnen und da gibt's Gefahren. Gföller hat sich zu dem agrarpolitischen Fragen eingehend geäußert und hat zweifellos die agrarpolitische Schulfunde des Landesrates Winkler gut genützt und ich hätte angenommen, daß diese Schulfunde auch manch anderem eine Fundgrube abgegeben hätte. Die Rede Gföllers hat uns gezeigt, wie unausgeglichen die sozialdemokratische Partei in Bezug auf die Kleinbauernfrage selbst ist. Ich glaube, es wird innerhalb der sozialdemokratischen Partei noch manchen Kampf geben, bis sie sich zu dem durchgerungen haben wird, als was sie sich jetzt erklärt. Die Unausgeglichenheit ist auch speziell in der Zollfrage deutlich zum Ausdruck gekommen. Es ist auch von unserem Redner, Herrn Landesrat Winkler, zum Ausdruck gebracht worden, aus welchen Gründen die sozialdemokratische Partei die Agrarpolitik in ihr Programm mitaufgenommen hat. Abg. Gföller hat sich im Gegensatz zu Landesrat Winkler als Anhänger des freien Handelssystems erklärt, hat aber zugegeben auf Grund der Schriften des Nationalrates Dr. Bauer, daß auch die Sozialdemokraten bereit wären, für einen Schutz der landwirtschaftlichen Produktion einzutreten. Unseren Standpunkt hat Landesrat Winkler klar dargelegt. Wir sind Anhänger des Freihandelsystems dann, wenn wirklich Freihandelspolitik betrieben wird, wenn nicht einseitig die Industrie durch Hochschutzzölle geschützt wird, während die Landwirtschaft solche Zölle nicht hat. Weiters müssen wir ablehnen das System, wie es heute besteht, daß nicht nur keine Zölle für die Landwirtschaft bestehen, gar kein Schutz, sondern daß sogar auch noch weitgehende Beschränkungen vorhanden sind. Wir haben heute noch bestehen die Holzaustrabgabe, wir haben eine Abgabe zu leisten für Zuchtvieh usw., so daß wir nicht imstande sind, durch eine höhere Produktion in der Landwirtschaft den Ausfall zu decken. Kollege Gföller hat sich als Anhänger des Systems Bauer erklärt. Es ist gar kein System Bauer der Vorschlag, an Stelle des Getreidezolles das Getreidemonopol einzuführen. Es ist ein Stück aus der Rathenauer Kriegswirtschaft aus Deutschland. Wir stehen diesem Experiment etwas zweifelhaft gegenüber. (Zwischenruf Leichin.) Herr Leichin, Sie werden einmal ein Agrarpolitiker werden. Heute sind Sie es noch nicht. Ich anerkenne, daß Sie sich bemühen, es zu werden. Der Beweis, daß bei den Sozialdemokraten noch eine Unausgeglichenheit besteht, ist leicht zu erbringen. Herr Gföller hat behauptet, die Kleinbauernschaft hätte von den Zöllen nichts und hat behauptet, daß nach Einführung des Zolles durch große Preisstürze die Lage der Landwirtschaft ungünstig geworden sei. Das ist etwas zu stark gesagt. Ebenso ist zu stark gewesen die zweite sozialdemokratische Erklärung, die des Abg. Stameß, der nachzuweisen versuchte, daß nach Einführung des Zolles die Mehlpreise um 30, 50 Prozent gestiegen seien. Wo liegt da die Wahrheit? Sie liegt in der Mitte. Wir müssen feststellen, daß überall in den Ländern unter dem Einflusse der Zölle eine ganz

bedeutende Mehrproduktion eingeseht hat und diese ganz selbstverständlich auf die Preisbestimmung wirken muß und damit auch auf die Produktion. Damit ist nachgewiesen, daß die Zölle nicht zur Verteuerung der Lebensmittel geführt haben. Wären sie nicht zur Einführung gekommen, so wäre die Produktion gesunken. Wenn Abg. Gföller anführt, daß Sektionschef Hofmeister der einzige gewesen wäre, der sich über die Ergebnisse der österreichischen Zollpolitik zu schreiben erlaubte und daß diese Schriften erst durch die Indiskretion des damaligen Abg. Panz zustande kamen, so möchte ich sagen, Sie verurteilen in Ihren Reihen grundsätzlich jeden Außenseiter. Hofmeister ist für uns ein Außenseiter und seine Ideen sind für unsere agrarpolitische Haltung nicht maßgebend. Ebenso sind die agrarpolitischen Ideen eines Panz, dessen Ergebnisse als Kampf zwischen Körndel- und Hörndelbauern aufzufassen ist, nicht maßgebend. Sie müssen uns erlauben, in dieser Frage den alten, bewährten Agrarpolitikern mehr Vertrauen zu schenken, als den Außenseitern. Es ist einwandfrei und leicht nachzuweisen, daß die Bismarck-Agrarpolitik in Deutschland zu keiner Verteuerung geführt hat, aber zu einer ungeahnten Steigerung der Produktion. Auch die Schriften eines Professors Laur aus der Schweiz sind für uns mehr maßgebend, als die eines Hofmeisters und Panz. In Österreich ist es äußerst schwer, agrarpolitische Ziffern überhaupt in stichhaltiger Art und Weise zu bekommen. Das Ackerbauministerium im gegenwärtigen Zustande ist nicht imstande, uns tatsächliche Grundlagen für die Produktion zu bieten, weil die Statistik fehlt. In der Schweiz hat der Bauernverband der Landwirtschaft durch seinen Sekretär Professor Laur schon lange alles dieses Material zusammengetragen und kann mit positiven Zahlen das zum Ausdruck bringen, was sein Gedanke ist. Die Monopolbildung Dr. Bauers, habe ich schon erklärt, ist keine Originalidee des Nationalrates Bauer. Daß wir dieser noch zweifelnd gegenüberstehen, diese Berechtigung werden Sie uns einräumen müssen. Doktor Bauer nimmt an, daß alles einzuführende Getreide von einer einheitlichen Stelle durch eine gemeinwirtschaftliche Anstalt erfaßt werden soll. Er meint, daß alle Überschüsse der österreichischen Produktion zu erfassen und dem Konsum zuzuführen seien. Dieser Preis würde sich zusammensetzen aus dem billigen Einkaufspreis des Auslandsgetreides, erhöht um den Einkaufspreis des Inlandsgetreides und aus den Verwaltungskosten dieser gemeinwirtschaftlichen Anstalt. Daß mit dieser gemeinwirtschaftlichen Anstalt die österreichische konsumierende Bevölkerung zu billigen Mahlprodukten käme, daran zweifeln wir. Wir zweifeln auch, daß dann die österreichischen Getreideerzeuger zu auskömmlichen Preisen kämen. Den Hauptposten dieser drei preisbildenden Punkte werden die Verwaltungskosten dieser Anstalt darstellen. Darum nehmen Sie es uns nicht übel, daß wir den Versuch, den Sie unternehmen, die Bauernschaft in Ihre Politik einzubeziehen und dieses Ihr Unternehmen agrarpolitisch wissenschaftlich zu begründen, noch anzweifeln.

Herr Abg. Gföller hat weiters gesagt und hat die Ausführungen des Landesrates Winkler unter-

stützt, und ist auf die Wiederbesiedlung zu reden gekommen. Ich brauche den Ausführungen meines Kollegen Winkler nichts hinzuzufügen, möchte aber feststellen, daß das Wiederbesiedlungsgesetz im Jahre 1919 entstanden ist. Wie hat die sozialdemokratische Partei es sich damals vorgestellt? Es muß eine Entzignung zugunsten des Staates vorgenommen werden, und es war nicht das Ziel die Schaffung neuer bäuerlicher Betriebe. Ihre agrarpolitische Entwicklung ist noch zu jung. Was hat die sozialdemokratische Partei seit vier Jahren unternommen, Positives mit der Stärke ihrer Partei im Nationalrat, um das Wiederbesiedlungsgesetz verbessern zu helfen? Gar nichts. Im Gegenteil, die Novellierungsanträge der Bauernbündler sind von den Sozialdemokraten niedergestimmt worden. Dann hat der Kollege Gföller ganz richtig gesagt, er wird in der Generaldebatte nicht alles ausplaudern und wird mit Anträgen in die Spezialdebatte eingreifen. Auch wir werden nicht alles ausplaudern und werden zu diesen noch geheimen Anträgen der Sozialdemokraten Stellung nehmen.

Es ist von Ihrer Seite auch den Bauernbündlern der Vorwurf gemacht worden, sie seien zu Rokitskys Zeiten freierlich gewesen und heute nicht. Wie hat der Bauernbund zu Rokitskys Zeiten geheißt? Christlicher Bauernbund für Steiermark, im Gegensatz zu der christlich-konservativen Partei. Wir haben an unserem Programm nichts geändert, aber die sozialdemokratische Partei ändert ihre Stellungnahme zur Religion nach Zweckmäßigkeitsgründen, und wenn es Ihnen paßt, sind Sie auch sehr religionsfreundlich. Beweis: die letzten burgenländischen Landtagsverhandlungen, die Kongrua-Angleichung im Burgenlande. Sozialdemokraten und Christlichsoziale haben für das Gesetz gestimmt. Bei dieser Angleichung ist auch noch etwas anderes vorgegangen. Im Burgenlande sind die Giebigkeiten an die Kirche, zum Teil auch die Robot, noch aufrecht. Und da erinnere ich an die Rede des Abg. Pörtl, wo er vom Pfarrer von Jennersdorf gesprochen hat, dem nudelfetten Herrn, der täglich drei Backendln essen muß. Die Bauernbündler im Burgenland haben einen Antrag eingebracht, daß, wenn die Priester durch die Kongrua Staatsbeamte werden, die Giebigkeiten aufhören mögen. Und siehe da, Sozialdemokraten und Christlichsoziale haben diesen Antrag niedergestimmt. Dort im Burgenlande, im letzten Landtag, hat sich die Bauernfreundlichkeit der Sozialdemokraten gezeigt. Es sind dort noch alte Gesetze. Es besteht zum Beispiel die Robotplicht zur Erhaltung der Gemeindefstraße, und ein altes Privileg hat bestanden, daß die Großgrundbesitzer und die Pfarreien von der Robot ausgenommen sind. Die Bauernbündler wollten das abschaffen, auch hier sind sie von den Sozialdemokraten und Christlichsozialen niedergestimmt worden, so daß weiter der Großgrundbesitz die Gemeindefstraße benützt, aber nichts zu zahlen braucht. (Oberzaucher: „Das wird nicht stimmen!“) Die Sozialdemokraten reden heute immer über den Schutz der Minderheiten. Auch von der anderen Seite des hohen Hauses hören wir immer, daß die Minderheiten geschützt werden müssen, gegenseitig werfen sie sich aber vor, daß sie Terror üben.

Ich will nun auch ein Beispiel aus dem Burgenlande anführen. Im Nordburgenland besteht eine Elektrizitätsgenossenschaft. Diese nordburgenländische Elektrizitätsgenossenschaft hat vom Landtage eine Zinsgarantie angesprochen, aber nicht nur eine gewöhnliche, sondern mit der Ausdehnung, daß, wenn die Gesellschaft selbst den Zinsendienst nicht zu leisten vermag, es auf Kosten des Landes gehe. Da hat der Bauernbund gesagt, er werde für das Gesetz dann stimmen, wenn das Land bereit sei, auch der südburgenländischen Elektrizitätsgenossenschaft eine Unterstützung zu geben. Die Südburgenländischen haben nichts bekommen. Der Beschluß war fertig. Nach der Geschäftsordnung des Landtages sind zur Unterstützung einer dringlichen Anfrage sieben Unterschriften notwendig. Und als der Bauernbund nicht für dieses Gesetz gestimmt hat, wurde die Zahl der Unterschriften auf acht erhöht. Das ist der Schutz der Minderheiten. Mir kommt ein Ausdruck des Abg. Pichler in Erinnerung, daß große, neue Kuffen angeschafft wurden, damit die Großdeutschen und Christlichsozialen darin Platz hätten. Mir scheint der Wunsch gerechtfertigt nach einer ganz besonderen Art von Kuffen, wo die Schwarzen und Roten Platz haben.

Ich möchte noch etwas feststellen. Der Herr Abg. Gföller hat auch eine Wirtschaft in der Oststeiermark kritisiert und gesagt, dort will ein Gutsbesitzer Lenz in Kirchberg durch Wiederbewässerung alter Teiche der Fischzucht frönen. Die Fischzucht ist eine Produktionsart, und wenn durch diese Art am meisten produziert wird, dann ist es gerechtfertigt. Diese Flächen hätten als Siedlungsland benützt werden sollen, sie sind als Siedlungsland abgelehnt worden, weil sie zu feucht sind. Das beweist das Gutachten der Landwirtschaftsgesellschaft in Steiermark. Herr Abg. Gföller hat auch gesagt, daß dieser Gutsbesitzer seine Wirtschaft verlutere und alles mögliche andere tue, worunter seine Wirtschaft leide. Nun hat aber der Landestierzuchtausschuß von Steiermark durch das Landestierzuchtamt einen Kurs in der Oststeiermark mit 50 Teilnehmern abgehalten. Hierbei wurden auch die Musterzuchtherden des Gutsbesitzers Lenz beschäftigt. Die Wirtschaft des Herrn Lenz muß nicht so schlecht sein, wenn sie als Muster hingestellt wird. Herr Landesrat Gaß wäre imstande, zu beweisen, welche bedeutenden Opfer Herr Lenz gebracht hat, um die bäuerliche Bevölkerung durch Stiereinkäufe zu unterstützen. Es geht nicht immer alles parteipolitisch, ohne daß die entsprechenden Grundlagen gegeben sind. Zum Schlusse hat Kollege Gföller erklärt, daß Landesrat Winkler derjenige gewesen sei, welcher das agrarpolitische Programm aufgerollt habe. Wir sind der Ansicht, daß es Pflicht der anderen Seite gewesen sei, diese so wichtige Frage anzuschneiden. Ich hoffe, daß es noch kommt und wir in der Spezialdebatte noch entsprechend Stellung nehmen können, und daß von der anderen Seite uns bekanntgegeben würde, ob und wann die so wichtige Schaffung der Hauptkörperschaft, der Landwirtschaftskammer, und das Landwirtschaftsförderungsgesetz ebenfalls im Landtage zur Behandlung kommen wird. Das wäre kurz meine Stellungnahme. Ich habe schon erklärt, daß meine Partei noch

in der Spezialdebatte zu dem Kapitel sachlich Stellung nehmen wird. (Lebhafter Beifall bei den Bauernbündlern.)

(Präsident Kölbl übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Hübler: Hohes Haus! Es ist anläßlich der dringlichen Anfrage des Herrn Landesrates Oberzaucher an den Herrn Landeshauptmann von der sozialdemokratischen Partei ein großer Rummel gegen mich veranstaltet worden und es hat mir den Eindruck gemacht, als ob man mir Schneid und Lust abkaufen wollte, mich gegen die schweren Angriffe des Herrn Landesrates Resel zu verteidigen. Ich will nun gleich vorweg diese beiden Fälle, betreffend die Verfehlungsmöglichkeit der beiden Gendarmen, erledigen. Ich weiß nicht, auf welche unrechtmäßige Art und Weise Herr Landesrat Oberzaucher in den Besitz dieses Briefes gekommen ist, aber derjenige, der ihm den Brief gegeben hat, der hätte ihm auch sagen können, daß der Brief weder an das Landesgendarmeriekommando noch an einen Gendarmeriebeamten gerichtet war, der ein Vorgesetzter der in Betracht kommenden Gendarmen gewesen ist. Im ersten Falle Ottinger handelt es sich um die Beschwerde des mir nahestehenden Teiles der Bevölkerung gegen die Übergriffe dieses Gendarmeriepostenkommandanten, der wegen seiner Amtsführung in Disziplinaruntersuchung stand. (Rufe: „Hört!“) Ich betone nur, das wird mir Herr Landesrat Oberzaucher bestätigen können, daß in dem betreffenden Schreiben weder eine Silbe von der parteipolitischen Zugehörigkeit dieses Gendarmen — der übrigens gar kein Sozialdemokrat ist — noch von der parteipolitischen Zugehörigkeit des anderen Gendarmen, verlaute, sondern lediglich von Übergriffen durch schlechte Amtsführung die Rede ist. Ich bitte Herrn Landesrat Oberzaucher, das Schreiben zu vergleichen, ich habe die Abschrift vor mir. (Zwischenruf: „Das Schreiben leugnen Sie nicht ab!“) Im zweiten Falle, der ungeheuer aufgebauscht ist, im Falle des Gendarmen Schörf, handelt es sich um einen Mieter, der dem Hausbesitzer beständig Schwierigkeiten macht, Unzufriedenheit in das Haus bringt und namentlich den Kindern des Hausbesitzers in der gehässigen Weise begegnet. Auch das dürfte Herr Landesrat Oberzaucher schon in Erfahrung gebracht haben, denn der Fall geht auf das Jahr 1922 zurück. Ich betone nochmals, weder an das Gendarmeriekommando noch an einen der Vorgesetzten der beiden Gendarmen habe ich mich gewendet, sondern an einen Gendarmeriebeamten, der mir persönlich nahesteht, und ich glaube, genau so, wie der Besitz dieses Briefes in Ihren Händen beweist, daß Sie bei der Gendarmerie Leute haben, die in der Art und Weise, sich Kenntnisse zu verschaffen, nicht skrupellos sind (Lärm und Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Leichin: „Niederträchtige Lumperei!“), ebenso muß es mir unbenommen sein, auf ganz korrektem Wege Erkundigungen in Gendarmerieangelegenheiten einzuziehen. Denn es ist das eine Anfrage gewesen an einen mir nahestehenden Gendarmeriebeamten, nur betone ich nochmals, daß ich es vermieden habe, mich an die betreffenden Herren, die im Kommando die Vorgesetzten sind, zu wenden. Das Recht, mich zu informieren, wenn Mißgriffe von

Seite der Gendarmen gegen die Bevölkerung vorkommen, lasse ich mir nicht nehmen. (Lebhafter Beifall bei den Großdeutschen und Christlichsozialen. — Widerspruch von Seite der Sozialdemokraten. — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte dringendst, die parlamentarischen Formen einzuhalten, sonst müßte ich die Sitzung schließen. (Zwischenrufe *Leichin*.) Sie sind ja auf der Rednerliste und können sprechen, wenn Sie zum Worte kommen.

Dr. Hübler (fortfahrend): Ich frage nun, ob im gegebenen Falle, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Wohnungsvermieter gehandelt hätte, dessen Alftermieter täglich durch seine Gehässigkeit Unfrieden in die Familie bringt, ob dann nicht mehr geschehen wäre als im Falle meiner Anfrage. (*Leichin*: „Sie haben geschrieben, weil er sozialdemokratisch ist!“ — *Gföller*: „Sie mischen zur Niederträchtigkeit noch die Feigheit!“) Das ist unrichtig, ich habe ihn nur als Sozialdemokraten gekennzeichnet. Hier hatte es sich lediglich um Beschwerden gegen die Übergriffe von Seite der Gendarmen gehandelt, nicht um eine politische Verfolgung. Ich habe im ersten Falle auf eine parteipolitische Zugehörigkeit des Gendarmen gar nicht hingewiesen. Aber ich möchte Sie erinnern, wie oft haben Sie Fabrikdirektoren (*Leichin*: „Hier steht ‚sozialdemokratischer Gendarm‘!“), gegen die sachlich gar nichts einzuwenden war, mit Gewalt von ihren Posten entfernt, weil sie der Arbeiterschaft nicht gepaßt haben, wie viele Fälle sind aufgezeigt worden, wo die Sozialdemokraten Arbeiter aus der Fabrik gedrängt, sie brotlos gemacht haben, weil sie nicht sozialdemokratisch organisiert waren (Lebhafter Beifall bei den Großdeutschen und Christlichsozialen. — *Pichler*: „Das ist eine schuftige Handlung!“ — *Leichin*: „Daß die Christlichsozialen so gemein sind und da die Mauer machen!“ — *Pichler*: „Der größte Lump im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant!“), ohne daß im geringsten gegen diese Arbeiter etwas einzuwenden gewesen wäre.

Und nun will ich zum eigentlichen Thema kommen, das den Herren von der sozialdemokratischen Seite ansehend sehr unangenehm ist (Zwischenrufe.), da sie mich durch Zwischenrufe immer daran hindern wollen. Ich hätte auf die Ex-offo-Verteidigung des Standpunktes der Sozialdemokraten bei Kriegsausbruch durch Herrn Landesrat *Resel* eigentlich nichts mehr zu entgegnen gehabt, denn sein Standpunkt war von Haus aus so schwach, daß es an ihm nichts mehr abzuschwächen gibt. Nun muß ich mich aber doch verteidigen, weil Herr Landesrat *Resel* in seiner üblichen Art und Weise einfach behauptet hat, daß ich mehr oder weniger bewußt die Unwahrheit gesprochen habe. (*Gföller*: „Das haben Sie bewiesen mit dem Briefe!“) Nun möchte ich an der Hand des stenographischen Protokolles, das bereits über meine Ausführungen vorliegt, feststellen, daß ich damals wörtlich gesagt habe.. (*Pongraf*: „Wir werden das Protokoll dann auch schon am nächsten Tage verlangen!“) Sie können ja auch Einsicht nehmen in das stenographische Protokoll und nachlesen, was ich bringe. Ich habe gesagt, daß *Scheidemann* in seinem Buche

uns mitteilt, daß alle Führer mit Ausnahme des Doktor *Friedrich Adler* sich sehr realpolitisch verhielten. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Die Stelle über die Annerionen, die ich zitiert habe, die kommt im Buche *Scheidemanns* selbst vor, Sie können dort nachlesen, darüber ist gar kein Zweifel in der Auffassung möglich. (*Leichin*: „Das Buch *Scheidemanns* lehnen wir zur Gänze ab!“) Im übrigen möchte ich nun zu der Auseinandersetzung über das Gedicht *Herweghs* im „Arbeiterwille“ kommen. Herr Landesrat *Resel* hat das ganze Gedicht *Herweghs* verlesen, das ihm in eine Feier des Völkerfriedens, der durch den letzten großen Kampf errungen wird, ausklingt. Ich will nun zurückkommen auf den gesamten Artikel des „Arbeiterwille“ vom 6. August 1914 und will ihn verlesen. Ich bitte die Herren von der sozialdemokratischen Partei, mir zu gestatten, daß ich diese Abschrift, die kollationiert ist, in die Hand nehme, weil es mich ermüden würde, diesen schweren Band hoch zu halten, aber Sie können sich ja jederzeit überzeugen, daß kein Wort gefälscht oder verändert ist. Der Artikel lautet folgendermaßen (liest):

„Europa ist in ein einziges Kriegslager verwandelt! Handel und Wandel, Kunst und Wissenschaft, alle die zahllosen Stätten emsigen Fleißes, wo Tausende und Abertausende von Händen und Köpfen Tag für Tag an dem Werke menschlicher Kultur weiterbauen und es Schritt für Schritt in jahrhundertelanger Arbeit auf seine heutige Höhe gebracht haben, sie sind mit einem Schlage aus ihrer Bahn gerissen und lähmendes Entsetzen hat die Völker ergriffen, ob dem Kommenden, das wie eine unwiderstehliche Naturgewalt auf sie hereinbricht, die ganze Welt mit Zerstörung bedrohend.

Und was das Entsetzlichste ist: Nicht die allgewaltige Natur, gegen die des Menschen Geist und Kraft machtlos sind, hat die Katastrophe heraufbeschworen, sondern jenes asiatische Ungeheuer, repräsentiert durch den russischen Zaren, das seit Jahrzehnten darauf lauert, seine mörderischen Pranken in das Fleisch der Kulturvölker Europas zu schlagen. Nicht vom russischen Volke, das einen Tolsstoi geboren hat, droht die Gefahr. Dieses unglückliche Volk seufzt selbst unter der Knute eines barbarischen Despotismus, der die edelsten Blüten der Nation in Ketten schlägt und in Kerkern verschmachten läßt, der die unmeßbaren Landmassen Sibiriens zu einem unermesslichen Kerker gemacht hat, um dort alles, was nach der Befreiung der Menschen ringt, und den Henkern erreichbar ist, unschädlich zu machen. Das Rußland der *Ufews* und *Plewes*, das Rußland der *Dchana*, jener Polizeiorganisation, welche die Auswürflinge der Gesellschaft in alle Kulturstaaten verschickt, um dort mittels konspiratorischer Mittel den Kampf für die Freiheit und den Fortschritt zu unterdrücken und zu vergiften, nur dieses Rußland konnte so bar jedes menschlichen Gewissens und jeder Verantwortung sein, um einen Weltbrand systematisch vorzubereiten und anzuzünden, wie wir ihn schauernd jetzt erleben.

Nie und nimmer hätte es Serbien gewagt, den Nachbar herauszufordern, wenn die Herausforderung nicht im Plane seines russischen Protektors gelegen wäre. Das Serbenvolk war dazu ausersehen, dem russischen

Despoten das Stichwort zum Überfall auf Deutschland und Österreich zu liefern. Alles war zu dem Überfall sorgfältig vorbereitet. Während die französische Arbeiterschaft machtvoll für den Frieden demonstrierte, weilte der Präsident der französischen Republik in Petersburg, um, nach außen feierliche Friedensversicherungen vorspiegelnd, das Werk des Massenmordes vorzubereiten. Chauvinistischer Fanatismus, dem unser Genosse Jaurès zum Opfer fiel, machte die französische Regierung gegen alle sittlichen und menschlichen Regungen unempfindlich und trieb sie in die Arme des Zaren. Arm in Arm mit ihm sehen wir das Geburtsland der Freiheit am Werk, das deutsche Volk dem asiatischen Despoten vor die Füße zu legen. England, das bis zur letzten Minute sich in der Rolle des ehrlichen Maklers gefiel, macht den Bund vollständig. Die eine Hälfte Europas steht gegen die andere im Kriege!

Die Würfel sind gefallen. Der schrecklichste Krieg, den je die Welt erlebt hat, muß ausgekämpft werden. Von seinem Ausgange hängt das Schicksal eines Großteiles der Menschheit ab. Unsere Niederlage würde bedeuten, daß die finsternste Reaktion den Völkern Europas die Kehle zuschnürt. Der Sieg unserer Waffen gibt uns die Hoffnung auf eine Zukunft, in welcher wenigstens unsere Nachkommen sich des Segens eines festgefügtten Friedens, der Freiheit und des allgemeinen Wohlstandes erfreuen. Damit ist uns klar der Weg gezeigt, den uns die Pflicht weist. Wir waren immer aufrichtige Freunde des Friedens und sind es noch. Aber unsere Friedensliebe hat eine Grenze: (Rufe: „Hört!“) Wenn die Kulturgüter der Menschheit Gefahr laufen, zertrümmert zu werden, dann wollen wir vor keinem Kampfe zurückschrecken und sie mit unserem Herzblute verteidigen.“ (Rufe: „Wollen Sie uns das zur Last legen?“) Im Gegenteil! (Liest: „Einen solchen Kampf gibt es heute und so grüßen wir denn unsere an die Grenze ziehenden Brüder mit dem Herweghschen Schlachtruf:

Wer seine Hände falten kann,
Beß um ein gutes Schwert,
Um einen Helden, einen Mann,
Den Gottes Zorn bewehrt!
Ein Kampf muß uns noch werden,
Und drin der schönste Sieg,
Der letzte Kampf auf Erden,
Der letzte, heilige Krieg!“

Nun also, was ist in dem Artikel hier gesagt? Daß der Krieg von langer Hand von der Entente vorbereitet war, daß er ein Überfallskrieg auf die Mittelmächte war, und dieser Standpunkt, den damals die Sozialdemokraten eingenommen haben, ist der einzig richtige. Und es ist meiner Meinung nach geradezu unmöglich und es heißt, unsern deutschen Brüdern im Reiche in den Rücken fallen, wenn in der letzten Landtagsitzung von Ihrer Partei Zwischenrufe gefallen sind, daß es mit dem Kriegeausbruch nicht so war. Es müßte denn angenommen werden, daß damals die ganze Bevölkerung getäuscht worden sei. (Leichin: „Sehr richtig!“) Sehen Sie, Herr Kollege Leichin, diese Auffassung, daß die Schuld am Kriege beim deutschen Volke liege, die ist unhaltbar und ist wahnfinnig (Leichin: „Bei Ihnen!“), denn die ganzen

Reparationen mit ihrer erdrückenden Auswirkung sind aufgebaut auf der Kriegsschuldfrage unserer Feinde. (Rufe: „So ist es!“ — Leichin: „Brest-Litowsk ist vorausgegangen!“) Und zum Unterschied von Ihnen sind heute draußen im Deutschen Reich alle Richtungen einig, diese Kriegsschuldfrage aufzuklären. Es steht ein ungeheurer, schwerer Kampf um diese Kriegsschuldfrage bevor, weil damit die Frage der Reparationen steht und fällt. Und ich frage, sollte es unter deutschen Volksgenossen weniger Objektivität gegenüber der Kriegsschuld geben als in den Reihen von Franzosen, Engländern und Amerikanern, die heute schon offen sagen: „Dieses Märchen von der Schuld der Deutschen am Kriege ist einfach nicht haltbar, wir müssen darüber hinwegkommen.“ Das stenographische Protokoll gibt Auskunft, was der Ausgangspunkt meiner Ausführungen war. Ich sprach von dem großen Erlebnis des Weltkrieges, das die Leute heute zu Wiedersehensfesten zusammenführt. Nicht die Kriegsgreuel sind es, die sie feiern wollen, sondern die Erinnerung, daß sie gekämpft haben für die höchsten Güter des Vaterlandes. Ich habe in diesem Zusammenhang gesagt: Auch die Sozialdemokraten haben, trotzdem sie gewußt haben, daß es sich um einen furchtbaren Kampf handelt, sie haben sich dieser Stimmung der Arbeiterschaft nicht entgegenzusetzen gewagt, und als Beweis dessen habe ich eine Reihe von Artikeln, von Stellen aus Artikeln und Gedichte vorgelesen. Und nun, verehrte Herren, wenn es, wie einer der Herren mitgeteilt hat, die Absicht des „Arbeiterwille“ vom 6. August 1914 gewesen sein soll, durch das Gedicht von Herwegh der Zensur ein Schnippchen zu schlagen und den Arbeitern ihre Begeisterung für den Krieg zu nehmen, so widerspricht dem der ganze Artikel selbst. Der Artikel stellt das reaktionäre Rußland als den Erbfeind der Arbeiterschaft hin, sowie wir beispielsweise Frankreich, oder die Alpenländer Italien aufgefaßt haben, und hat ganz in seiner Weise sich die moralische Berechtigung gesucht für den Kampf, und ich verstehe nicht, warum wir über diese Frage, die uns damals auf einer Linie gefunden hat (Rufe: „Mit Ihnen waren wir nie auf einer Linie, das wäre sehr bedauerlich!“), soweit auseinanderdrücken sollen, wie es sehr zu meinem Bedauern geschehen ist.

Ich möchte, weil von Seite der sozialdemokratischen Herren in dieser Session die Formen des Kampfes zweifellos derartige sind (Leichin: „Wie in Ihrem Briefe, nur nicht so schlecht!“), daß sie das Ansehen dieses Hauses auf das schwerste schädigen (Leichin: „Das ist Ihre Meinung!“), folgendes feststellen, man kann den schärfsten Kampf führen in Formen, die parlamentarisch sind, aber der Parlamentarismus, die Würde und das Ansehen des Parlaments muß gewahrt bleiben. Und da möchte ich nun etwas zur Überlegung stellen: Es hat auch ein Führer der Legitimisten, wie in der „Staatswehr“ zu lesen war, in einer Rede in Tirol gesagt, daß er zu seinem Bedauern feststelle, daß es mit den legitimistischen Organisationen an sich nicht vorwärts geht. Er hat aber hinzugefügt: „Das macht indes nichts, wir haben Zeit zu warten, denn die Zeit arbeitet für uns.“ Aber wenn man nun seine weiteren Ausführungen liest, über die ganze Art

des zersetzenden politischen Kampfes unserer Zeit und, wie er auf die Bevölkerung einwirkt, so sieht man, daß dieser Herr kalkuliert, daß in der Bevölkerung durch einen Vergleich des Niveaus der Vertretungskörper vor dem Krieg und jetzt ein Abscheu, ein Widerwillen und ein Ekel gegen die jetzigen Zustände einreißen wird. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — **Resel**: „Das ist Ihre perfide Art, so zu reden!“) Das meint dieser Legitimistenführer mit dem Satz: „Die Zeit arbeitet für uns“, und ich bitte Sie nun wirklich, einmal zu bedenken, ob die Bevölkerung sich auf die Dauer die ganze Art dieses Parlamentarismus wird gefallen lassen. Sie scheinen ja durch ihre Führung des ganzen Kampfes in dieser Session bekunden zu wollen, daß Ihnen an einem erträglichen Zusammenarbeiten mit uns nichts liegt. Es scheint Ihnen trotz ihrer Angst vor der Reaktion die Lage des Staates soweit gesichert zu sein, daß Sie es riskieren können, denselben einer neuen Zersetzung und Verbeugung auszusetzen. Ich aber glaube, daß alle diejenigen, die ein Verantwortungsgefühl haben (**Leichin**: „Das haben Sie nicht.“ — **Resel**: „Sie sind erledigt!“) — ich habe es — für die ruhige Fortentwicklung unseres Staates und für den Aufbau des Staates als Nationalstaat haben, die sich den Ausweg nach Deutschland offen halten wollen, die Verantwortung für alle Folgen jenen überlassen müssen, die diese Formen des politischen Kampfes eingeführt haben. Wir waren zu gemeinsamer sachlicher Arbeit bereit und sind es. (**Leichin**: „Das hat der Brief gezeigt!“) Aber bei allen Versuchen von Ihrer Seite, uns, soweit wir unsere Wählerschaft vertreten und schützen müssen, durch Terror einzuschüchtern und niederzuknüppeln (**Rosenwirth**: „Existenzberaubung, das ist Terror!“), werden Sie auf unsern heftigsten Widerstand stoßen. Das lassen Sie sich gesagt sein und damit möchte ich schließen. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses.)

Präsident: Es wird mir soeben mitgeteilt, daß von dem Herrn Abg. **Leichin** der Ausdruck „Gemeinheit“ gefallen ist. Wenn das sich bewahrheitet (Zwischenrufe: „Das ist auch eine Schweinerei, eine Lumperei!“), so bin ich bemüht, dem Herrn Abg. **Leichin** den Ordnungsruf zu erteilen. (**Leichin**: „Es bleibt halt doch eine solche!“ [zur Galerie gewendet]: „Das geht Sie gar nichts an!“) Ich möchte aufmerksam machen, daß die Galerie sich jeder Einnischung in die Verhandlungen des Hauses zu enthalten hat.

Hartleb: Hoher Landtag! Am 30. April haben wir hier eine Rede des Abg. **Auft** von der sozialdemokratischen Partei gehört und mit dieser Rede, beziehungsweise mit einem Teile dieser Rede möchte ich mich heute beschäftigen.

(Präsident **Steiner** übernimmt den Vorsitz.)

Hinweisen möchte ich vorerst darauf, daß der Ton und auch der Inhalt dieser Rede nicht nur bei uns als unpassend und unrichtig empfunden worden ist, sondern, wie ich das bestimmte Gefühl habe, auch bei einem großen Teile der eigenen Klubgenossen des Abg. **Auft**. Es muß insbesondere dem Herrn Abg. **Wölfler**, der kurz vorher eine Kleinbauernrede hier im

Landtag gehalten hat, ungeheuer peinlich gewesen sein, wie sich bald darauf sein Klubkollege **Auft** in ausgesprochen bauernfeindlicher Rede im Landtage bemerkbar gemacht hat. Ich möchte noch auf einen kleinen Zufall anlässlich dieser Rede des Abg. **Auft** zurückkommen. Es hat vor ihm gesprochen der christlichsoziale Abg. **Peintinger** aus der Oststeiermark. Sie werden sagen, ich habe als Bauernbündler keine Ursache, einen christlichsozialen Abgeordneten zu verteidigen. Das gebe ich ohne weiters zu, aber ich habe als Bauer alle Ursache, einen Bauern zu verteidigen und da frage ich nicht, ob es ein Christlichsozialer ist oder ein Bauernbündler. Was ist vorgefallen: Der Herr Abg. **Peintinger** hat ein Wort, daß er sicher im Jahre nicht allzu oft in den Mund nehmen muß, unrichtig ausgesprochen. Darüber großes Gelächter bei den Herren Sozialdemokraten, Sie haben sich unbändig gefreut. (Rufe: „Ist ja gar nicht wahr!“) Ich bitte, warum ableugnen, Sie haben sich fast gekrümmt vor Lachen. Der Herr Abg. **Auft** hat es dann nicht unterlassen können, in seiner Rede darauf zurückzukommen und das Wort ebenso falsch zu sprechen. Ich möchte Sie aufmerksam machen und Ihnen folgendes sagen: Sie reden die ganze Zeit und in einem fort von Ihrer großen Toleranz, von Ihrer Objektivität und von Ihrer Gerechtigkeit und nehmen den Anlaß wahr, wenn ein Mann aus dem Volke — nicht nur bei Ihnen, sondern auch auf anderen Bänken sitzen solche — ein Wort falsch ausspricht, um ihn öffentlich lächerlich zu machen, um ihn zu verspotten. Meine Herren! Nicht nur das Armersein, nicht nur der Unterschied in dem Vermögen des Einzelnen ist ein Gegensatz, den der Reiche nicht zu Ungunsten des Armen auswerten soll, sondern wer Gelegenheit gehabt hat, die Schulbank länger zu drücken, öfter ein Buch und eine Zeitung in die Hand zu nehmen, weil er nicht gezwungen ist, von früh bis in die späte Nacht zu arbeiten, der hat es leichter, ein Wort richtig auszusprechen, als der Bauer, der diese Gelegenheit nicht gehabt hat. Wenn man dann hergeht und so intolerant ist, wie Sie in diesem Falle waren, so hat man kein Recht, eine besondere Objektivität und eine besondere Toleranz für sich und seine Partei in Anspruch zu nehmen. (Beifall. — **Tausk**: „Geschmacklos!“) Wenn ich etwas sage, so richte ich mich nach meinem und nicht nach Ihrem Geschmack. Das nehmen Sie ein für allemal zur Kenntnis.

Ich möchte nun, hoher Landtag, weitergehen. Ich meine, Ihnen war es Anlaß genug, die Ausführungen des Abg. **Peintinger** lächerlich zu machen. (**Machold**: „Wenn Sie es nicht konstatieren würden, wäre es gar niemandem aufgefallen!“) Sie haben sich nicht geschämt, es hat Sie nicht gekränkt und Sie haben sich gar nicht dazu geäußert, daß Ihrem Kollegen **Wallisch**, der nach Ihrer Ansicht auf einer viel höheren geistigen Stufe als Abg. **Peintinger** steht, passiert ist, daß er Stiere und Stierschauen verwechselt hat, daß es ihm nicht möglich gewesen ist, diese zwei Begriffe auseinanderzuhalten. Aber, wenn ein Bauer ein Wort falsch ausspricht, wird gehöhnt, über das muß man lachen. Ich meine aber, auch Sie werden in der Schule einmal den Spruch gelernt haben, dessen Inhalt besagt, daß: „Schönschreiben, Rechtschreiben

und Gutschreiben eine Kunst sei, daß jedoch recht und schön und gut nur der schreibt, der bei der Wahrheit bleibt." Ich glaube, man kann diesen Spruch auch auf die Reden anwenden und die Hauptsache ist die, daß man die Wahrheit redet. Ich möchte die Auslegungen, die von Ihrer Seite gebracht worden sind, untersuchen, ob Sie bei der Wahrheit geblieben sind oder nicht. (Zwischenruf.) Herr Abg. Wallisch, wir brauchen uns nicht streiten, Sie haben Behauptungen aufgestellt und ich werde es unternehmen, diese als unrichtig zu beweisen an Hand der mir vorliegenden Gesetze, wenn Sie wünschen, werde ich Ihnen die einzelnen Paragraphen wörtlich verlesen. Es tut mir leid, daß Herr Abg. A u f f nicht da ist (Wallisch: „Sein Vater ist gestorben!"), ich habe jedoch keinen Grund gehabt, mich von der Rednerliste streichen zu lassen, weil die Verantwortung für sein Verhalten nicht den Abg. A u f f selbst, sondern die sozialdemokratische Partei trifft. Ich habe mich daher nicht mit dem Abg. A u f f auseinanderzusetzen, sondern mit der Partei auf der linken Seite des Hauses.

Der Hauptinhalt der Rede des Herrn Abg. A u f f hat darin bestanden, daß er behauptet hat, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte heute das 30.000 bis 45.000fache der Friedenspreise betragen. Auf diese Behauptung werde ich heute noch nicht zu sprechen kommen, ich werde aber anlässlich der Spezialdebatte Gelegenheit haben, Ihnen eine Ertragsberechnung und Preisgegenüberstellung, die ich noch nicht fertiggestellt habe, zu bringen und dann werden Sie daraus ersehen können, daß die Wahrheit auch auf diesem Gebiet ganz anders aussieht als das, was Kollege A u f f gesagt hat. Eine weitere Behauptung von ihm ist die, daß die Bauernschaft eine besondere Bevorzugung dadurch genießt, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften steuerfrei seien. Mit diesen Ausführungen will ich mich heute beschäftigen. Ich will mich aber des weiteren heute noch beschäftigen mit den Ausführungen des Abg. A u f f, es sei falsch, wenn behauptet wird, daß die Gemeinde Wien ein leichteres Wirtschaften hat als wie die Gemeinden am Lande, weil die Bevorzugung der Gemeinde Wien durch unsere Steuergesetzgebung weitaus nicht in dem Ausmaße vorhanden sei, als wie es immer behauptet wird. Ich werde mich, wie gesagt, mit diesen zuletzt angeführten zwei Dingen beschäftigen.

Fangen wir einmal mit der Besteuerung der Genossenschaften an. Es gibt da, wenn man Beweise führen will, keine andere Möglichkeit, als daß man die Besteuerung der Genossenschaften gegenüberstellt der Besteuerung derjenigen Personen, die nicht Genossenschaftler sind, die der allgemeinen Erwerbssteuer unterliegen. Für die Besteuerung der landwirtschaftlichen Genossenschaften sind die §§ 83 bis 85 des Personalsteuergesetzes maßgebend. Im Frieden waren für die Besteuerung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ganz bestimmte Begünstigungen und auch Befreiungen vorgesehen. Es hat das auch seinen guten Grund gehabt. Ich glaube, daß auch die Sozialdemokraten, wenn sie ihrem Programm treu sind und wenn es ihnen nicht nur daran gelegen ist, die Gegenseite, wenn auch ungerecht, anzugreifen, auf dem Stand-

punkte stehen müssen, daß diese Begünstigungen, die im Jahre 1912 im erweiterten Ausmaße ins Personalsteuergesetz hineingekommen sind, nicht mehr als gerechtfertigt sind. Ich muß mich mit dieser Frage ausführlich beschäftigen, weil nicht nur die Sozialdemokraten diese Behauptung hier aufgestellt haben, sondern weil ich oft die Wahrnehmung gemacht habe, daß auch die Großdeutschen in Wählerversammlungen in der Meinung, daß sie als Gewerbevertreter berufen seien, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu bekämpfen, diesen Standpunkt des öfteren vertreten haben und weil auch die Gewerbetreibenden sehr oft der Ansicht sind, die Genossenschaften zahlen keine Steuer. Ich möchte nicht behaupten, daß das aus Böswilligkeit geschieht, ich bin der Meinung, daß das Uninformiertheit ist, weil die Leute nicht wissen, wie die Dinge wirklich liegen. Aus dem Grunde möchte ich nun die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Steuerfreiheit, der Steuerbegünstigungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Gegenüberstellung von Beispielen über die Besteuerung landwirtschaftlicher Genossenschaften und anderer Erwerbsunternehmungen bringen und Sie werden sehen, daß alles eher gerechtfertigt ist als die Behauptung, die landwirtschaftlichen Genossenschaften seien begünstigt oder von der Steuer befreit. Die §§ 83 und 84 des Personalsteuergesetzes sprechen aus, daß gewisse landwirtschaftliche Genossenschaften von der Erwerbssteuer befreit sind. Es ist schon im § 83 der Kreis der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die unter diese Befreiung fallen, sehr eng gezogen. Es müssen in den Statuten gewisse Bestimmungen unbedingt enthalten sein, es darf keine Gewinnverteilung vorliegen, es dürfen keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt werden, es darf nicht von fremden Leuten etwas verwertet werden, es darf überhaupt der Geschäftsverkehr nicht in vollem Umfange betrieben werden. Der § 84 des Gesetzes über die besondere Erwerbssteuer kennt aber eine weitere Einschränkung für die Steuerfreiheit der Genossenschaften und das ist die schwerer wiegende. Der § 84 besagt, daß nur die Genossenschaften von der Erwerbssteuer befreit sind, die nicht mehr als 1200 K Reinertrag im Jahre erzielen. Diese Ziffer hat gegolten im Jahre 1912 und gilt heute noch, sie ist bis heute nicht geändert worden. Natürlich werden die Genossenschaften, die weniger als 1200 K Reinertrag haben, falls sie überhaupt eine Tätigkeit entwickeln, auf den Fingern hergezählt werden können. Es ist damit von vornherein der Beweis erbracht, daß es befreite Genossenschaften wohl nur dann gibt, wenn ein Reinertrag überhaupt nicht vorhanden ist, wenn also Mittel, um die Steuer zu zahlen, gar nicht aufgebracht werden können, oder dann, wenn überhaupt ein Defizit da ist. Dann kommen wir zum § 85. Dieser besagt, daß die Genossenschaften weiter zu teilen sind in solche, die begünstigt werden im Sinne des Erwerbssteuergesetzes, und in solche, die nicht begünstigt werden. Auch da sind gewisse Bestimmungen im Gesetze vorhanden. Es heißt, begünstigt dürfen nur solche Genossenschaften werden, die ihre ganze Genossenschaftstätigkeit strenge auf den Kreis der Mitglieder beschränken, die keine fremden Arbeitskräfte zur Ausführung ihrer Geschäfte verwenden. Auch einige taga-

live Aufzählungen sind im § 85 enthalten, es heißt hier zum Beispiel Viehzuchtgenossenschaften, Weidengenossenschaften. Es sind begünstigt die Genossenschaften, die rein idealen Zwecken dienen, die nie einen Ertrag haben werden und die man naturgemäß auch nicht besteuern kann. Ich möchte darauf hinweisen, daß in der Begründung der Novellierung des Erwerbsteuergesetzes vom Jahre 1912 in den stenographischen Protokollen des alten Reichsrates ausdrücklich gesagt ist, daß die Gesetzgeber der Meinung gewesen sind, daß diese genossenschaftlichen Einrichtungen eigentlich eine Aufgabe freiwillig übernehmen, die Staat und Land zufallen würde. Sie leisten eine Förderungsarbeit auf dem Gebiete der Landeskultur, die sonst eigentlich aus Mitteln des Landes bestritten werden müßte. Aus diesem Grunde entschloß man sich, Begünstigungen für einen Teil der Genossenschaften in das Gesetz aufzunehmen. Man hat auch den nichtbegünstigten Genossenschaften damals eine Begünstigung zugesichert durch das Gesetz, indem man die Besteuerung der landwirtschaftlichen Genossenschaften niedriger festgelegt hat, als die Besteuerung der sonstigen Personen, wie Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw. Damals hat man tatsächlich von einer Förderung des Genossenschaftswesens durch Steuermaßnahmen und von einer Begünstigung der Genossenschaften auf dem Steuergebiete sprechen können. Wie schaut die Sache aber heute aus? Damals ist beschlossen worden, daß für die Genossenschaften folgende Staffel gilt:

Für die begünstigten Genossenschaften, das sind also die, die rein ideale Zwecke verfolgen, gilt hier als Erwerbsteuer:

Von 1200 bis 2800 K Jahresreinertrag eine Steuer von $2\frac{1}{2}$ Prozent, von 2800 bis 5000 K Jahresreinertrag eine Steuer von 3 Prozent, von 5000 bis 40.000 K Jahresreinertrag eine Steuer von $3\frac{1}{2}$ Prozent, von 40.000 bis 100.000 K Jahresreinertrag eine Steuer von 4 Prozent und über 100.000 K 5 Prozent.

Meine sehr Verehrten! Auch diese Staffelung gilt heute noch; denn bis heute ist sie nicht abgeändert worden. So wird eine landwirtschaftliche Genossenschaft, die mehr als 100.000 K Reinertrag hat, schon in die höchste Steuerstufe hineinfallen.

Dann heißt es weiter:

Die nichtbegünstigten Genossenschaften mit einem Reinertrage von 1200 bis 2800 K 4 Prozent, von 2800 bis 5000 K 5 Prozent, von 5000 bis 10.000 K 6 Prozent, von 10.000 bis 20.000 K 8 Prozent und über 20.000 K 10 Prozent.

Auch der Staffel gilt noch heute.

Halten wir demgegenüber den Staffel für die allgemeine Erwerbsteuer, dem die physischen Personen unterliegen, die ein Erwerbsunternehmen betreiben, so heißt es im Gesetze über die allgemeine Erwerbsteuer, daß man für Erwerbsunternehmungen, deren Reinertrag hinter dem Existenzminimum, wie es im Personalsteuergesetze für die Einkommensteuer vorgesehen ist, zurückbleibt, eine Erwerbsteuer von 100.000 K im Jahre zu leisten hat. Diese Erwerbsteuer kann, wenn das Anlagevermögen groß ist, von der Steuereinschätzungskommission bis auf 800.000 K erhöht werden.

Diese letztere Bestimmung halte ich übrigens für den größten Unsinn, der in den letzten Jahren von unserer Steuergesetzgebung begangen worden ist, und wenn ich ein Gewerbetreibender sein würde, und wenn der Steuerfiskus es versuchen würde, diese Bestimmung auf meinen Gewerbebetrieb anzuwenden, so würde ich denen den Prozeß anhängen, den ich gewinnen würde, weil es falsch ist, daß ein Gewerbetreibender, der 10 Millionen Reingewinn hat, 800.000 K Steuer zahlen muß, weil die Steuerbehörde auf Grund der einleitenden Bestimmungen unter Berücksichtigung des Anlagekapitals die Erwerbsteuer mit 800.000 K vorzuschreiben hat, während bei dem Erwerbsteuerepflichtigen, der mehr als 11.200.000 K Ertrag hat, dieses Recht nicht mehr besteht und der Staffel der allgemeinen Erwerbsteuer anzuwenden ist, nach welchem er nicht 800.000 K, sondern 240.000 K zu zahlen hat, also ungefähr ein bißchen mehr als ein Viertel von dem, was ein anderer zahlen muß, der um 1 Million weniger Ertrag hat, ein offener Widerspruch, den zu beseitigen die höchste Zeit sein wird. Ich möchte noch weiter gehen, bei jenen gewerblichen Unternehmungen, die einen Ertrag von 11.200.000 bis 22.400.000 K aufweisen, beträgt die allgemeine Erwerbsteuer 2 Prozent, von 22.400.000 bis 33.600.000 K 3 Prozent, von 33.600.000 bis 44.800.000 K 4 Prozent, von 44.800.000 bis 56.000.000 K 5 Prozent, von 56.000.000 bis 67.200.000 K 6 Prozent. Das ist die erste Steuergruppe der allgemeinen Erwerbsteuer. Ich habe von Prozenten gesprochen und möchte, um vorzubeugen, daß mir irgend jemand später einen Vorwurf macht, ich hätte mich geirrt oder Falsches behauptet, bei dieser Gelegenheit feststellen, daß nicht ich mich geirrt habe, wenn ich von Prozenten sprach, sondern das „Grazer Tagblatt“, das den Steuerstaffel gebracht hat; und alle Zeitungen, die das abgedruckt haben, haben den Fehler begangen, zu schreiben, in der ersten Gruppe beträgt die allgemeine Erwerbsteuer Promille und nicht Prozente. In Wirklichkeit müßte es Prozente heißen. Eine Reihe von Zeitungen hat das nachgeschrieben. Ich würde es begrüßen, wenn die Zeitungen sich entschließen würden, das richtigzustellen, weil es nicht angeht, die Öffentlichkeit mit falschen Nachrichten irrezuführen. In der zweiten Gruppe heißt es nun, von 67.200.000 bis 78.400.000 K beträgt die allgemeine Erwerbsteuer 7 Prozent, von 78.400.000 bis 89.600.000 K 8 Prozent, von 89.600.000 bis 100.800.000 K 9 Prozent und über 100.800.000 K 10 Prozent. Eine weitere Bestimmung besagt dann, daß vom 1. Jänner 1923 an der Bundeszuschlag zur allgemeinen Erwerbsteuer nicht mehr eingehoben werden darf. Das ist wichtig festzustellen, weil diese Bestimmung auf die besondere Erwerbsteuer nicht ausgedehnt worden ist, so daß heute bei der besonderen Erwerbsteuer der Bundeszuschlag, der im allgemeinen 320 Prozent bis 400 Prozent der direkten Steuer summe und für landwirtschaftliche Genossenschaften, die begünstigt sind, 320 Prozent und für nicht begünstigte 350 Prozent beträgt, noch weiter besteht und einzuhoben ist. Außerdem kommt noch das eine merkwürdige dazu, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften verpflichtet sind, auch die Handelskammer-

umlage zu zahlen, die in Steiermark im Jahre 1922 200 Prozent betragen hat. Wir haben uns gewehrt, haben aber bis heute nicht erreicht, befreit zu werden; wir hoffen, daß, wenn die Landwirtschaftskammer endlich kommt, es gelingen wird, den Beitrag der Landwirtschaftskammer zuzuwenden. Wir wehren uns dagegen, daß wir Landwirte einen Beitrag für eine Kammer leisten müssen, die nicht für unsere Interessen da ist und nicht für unsere Interessen arbeitet. Ich möchte nun ein praktisches Beispiel zeigen, eine begünstigte Genossenschaft, die einen Reinertrag von 12.000.000 K hat, und als Gegenbeispiel einen Geschäftsmann, der allgemeine Erwerbsteuer zahlt und ebenfalls genau den gleichen Reinertrag von 12.000.000 Kronen im Jahre 1923 erzielt hat. Die Genossenschaft, die ich als begünstigte Genossenschaft im Sinne des § 85 annehme, zahlt nach Staffel und Gesetz an Steuer 5 Prozent des Reinertrages, das sind 600.000 K, einen 320prozentigen Bundeszuschlag, das sind 1.920.000 K und für das abgelaufene Jahr 200 Prozent Handelskammerzuschlag, das sind zusammen 2.640.000 K. Das zahlt die begünstigte Genossenschaft. Was zahlt der Kaufmann oder Gewerbetreibende? Der zahlt 2 Prozent Steuer, das sind 240.000 K, und 200 Prozent Handelskammerzuschlag, in Summe 288.000 K, während die begünstigte Genossenschaft 2.640.000 K zu zahlen hat. (Peinfinger: „Da heißt es, die Genossenschaften zahlen nichts, wie der Herr Abg. A u f t gesagt hat!“) Ein zweites Beispiel: ich nehme an, daß der Reinertrag dieser Unternehmung mit allgemeiner Erwerbsteuer, einer nichtbegünstigten Genossenschaft, die fremde Arbeitskräfte beschäftigt, die also einen wirklichen Ertrag aus der Genossenschaft herausbringt, 12.000.000 K beträgt. Was zahlt diese an Steuer? Sie zahlt 10 Prozent, das sind 1.200.000 K, 350 Prozent Bundeszuschlag statt 320 Prozent, weil sie nicht begünstigt ist, das sind 4.222.000 K, 200 Prozent Handelskammerbeitrag 240.000 K, in Summa 5.662.000 K, rund 20mal soviel als die allgemeine Erwerbsteuer von einem solchen Ertrag ausmacht. Und da wagt man es, im Landtag zu behaupten, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zahlen keine Steuer. Beim Reinertrag von 150 Millionen Kronen zahlt die begünstigte Genossenschaft 23.500.000 K, die nichtbegünstigte Genossenschaft 65.000.000 K und das der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegende Unternehmen 10.000.000 K. Am ungünstigsten ist das Verhältnis für die kleinen Genossenschaften, je höher der Ertrag hinaufgeht, desto eher gleicht es sich aus, aber herunter ist das Unrecht am allergrößten. Ich glaube, dem hohen Hause mit diesen Ausführungen den Nachweis erbracht zu haben, daß Abg. A u f t Behauptungen aufstellt, ohne informiert zu sein, daß es ihm nur daran gelegen ist, der Gegenseite eines anzuhängen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich halte mich als Bauer, als Genossenschaftler, für verpflichtet, den Nachweis zu bringen, daß die Behauptung, daß die Genossenschaften nichts zahlen, nicht richtig ist, daß gerade das Umgekehrte die Wahrheit ist. Ich werde mir erlauben, dem Präsidium des hohen Hauses einen Resolutionsantrag zu übergeben, den ich in der Spezialdebatte an passender Stelle zur Annahme empfehlen werde und der dahin geht (liest):

„Der Landtag wolle sich dafür aussprechen, daß das Gesetz für die besondere Erwerbsteuer so abgeändert werde, daß den begünstigten und nichtbegünstigten landwirtschaftlichen Genossenschaften wieder jene Vorteile zukommen in Hinsicht auf die Steuerleistung, wie sie ihnen vor dem Kriege vor der Geldentwertung zugekommen sind.“

Ich hoffe, daß keine Partei Ursache haben wird, gegen diesen Resolutionsantrag zu stimmen. (M a c h o l d: „Aber nicht nur für die landwirtschaftlichen Genossenschaften!“) Ich mache keine Ausnahme, alle Genossenschaften, nicht nur die landwirtschaftlichen. Sie werden vielleicht Gelegenheit nehmen, auf meine Ausführungen zu erwidern, und werden sagen, warum habe ich das nicht schon früher verlangt. Da möchte ich, um diese Anschuldigung hintanzuhalten, mitteilen, daß der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften, der Zentralausschuß der Landwirtschaftsgesellschaft und der allgemeine Verband in Wien seit mehr als einem halben Jahr mit der Regierung wegen Abänderung dieses Staffels unterhandelt, und daß uns versprochen worden ist, eine entsprechende Änderung vorzunehmen, und daß wir nur aus Loyalität davon abgesehen haben, eine schärfere Haltung einzunehmen, weil wir nicht aus jedem Ding eine Parlamentsaffäre machen wollen. Bis heute ist nichts geschehen, und ich benütze die Gelegenheit, wo das Kapitel im Landtage zur Sprache kommt, um den diesbezüglichen Resolutionsantrag für den Landtag zu stellen.

Ich möchte nun zu einem zweiten Gegenstand zu sprechen kommen. Das ist die Vorzugsstellung der Gemeinde Wien gegenüber den anderen Gemeinden, sowohl Landgemeinden als auch Stadtgemeinden und Industriegemeinden, in Bezug auf die Steueranteile und Ertragssteuer. (O b e r z a u c h e r: „Das können Sie leicht sagen, weil kein Vertreter von Wien da ist!“) Sie wissen, daß im Landtage ein stenographisches Protokoll geführt wird, und ich stelle es Ihnen selbstverständlich frei, an Hand des stenographischen Protokolles mich jederzeit zur Rechtfertigung zu ziehen, wenn ich falsche Ziffern vorgebracht habe. Genügt dies nicht, so würde ich mich bemühen, aus den vorliegenden Gesetzen die Paragraphen vorzulesen, aus welchen besonders zu entnehmen ist, wie die Aufteilung der Steuer in Bezug auf die Vorschreibung vor sich gehen muß, ob es richtig ist, daß, wie Kollege A u f t behauptet, am Orte des Unternehmens nur 10 Prozent und am Orte, wo der Betrieb liegt, 90 Prozent vorgeschrieben werden, oder ob das nicht richtig ist. Tatsache ist und ich führe, damit es weniger Mühe macht, die gesetzlichen Bestimmungen ausfindig zu machen, überall die betreffenden Paragraphen an, und zwar: zuerst den § 102 des Personalsteuergesetzes. Dieser spricht über den Ort der Vorschreibung bei der besonderen Erwerbsteuer. Das ist die Erwerbsteuer, die die Aktiengesellschaften, die juristischen Personen zu zahlen haben. Diese zahlen nicht, wie Herr Abg. A u f t behauptet hat, 10 und 90 Prozent, sondern es heißt, es sind 20 Prozent der Steuer dort vorzuschreiben, wo die Firma ihren Sitz hat und 80 Prozent dort, wo die Produktionsstätte gelegen ist. Dann ist aber eine weitere Bestimmung, daß diese 80 Prozent aufgeteilt

werden müssen auf alle jene Gemeinden, wo die betreffenden Unternehmen Produktionsstätten besitzen. Man darf nicht ohne weiteres den Schlüssel annehmen von 80 Prozent für die Gemeinde und 20 Prozent für Wien. Donawitz wird vielleicht 15 oder 20 Prozent bekommen, weil ja die Unternehmung auch noch in anderen Gemeinden Betriebsstätten hat. Aber was sehr schwerwiegend ist, das ist die Bestimmung, die in § 102 enthalten ist, welche dahin geht, daß dieser allgemeine Tarif keine allgemeine Gültigkeit hat und es Ausnahmen gibt. Da heißt es ausdrücklich: Für alle Aktiengesellschaften, die Handelsunternehmungen darstellen, für Kreditinstitute, das sind also die reichen Banken, die große Gewinne erzielen und viel Steuer zahlen, gilt diese Ausnahme; weiters für Versicherungsanstalten, die ja gewiß auch nicht zu den kleineren Unternehmungen gehören, gilt die gleiche Ausnahme. Für alle diese Unternehmungen gilt nicht der Schlüssel von 20 Prozent am Sitz und 80 Prozent in der Betriebsstätte, sondern der Satz von 50 Prozent am Sitz und 50 Prozent auf alle jene Gemeinden aufzuteilen, wo sich Betriebsstätten oder Filialen befinden. Das ist eine ungeheure Bevorzugung der Stadt Wien und des Bundeslandes Wien. Richtig ist die Behauptung des Herrn Abg. Aust, der zwar gesagt hat, gegen seine Ziffern läßt sich nichts einwenden, nur in Bezug auf die Besteuerung der Eisenbahnunternehmungen. Diese zahlen am Sitz 10 Prozent und dort, wo die Eisenbahn durchfährt, werden die übrigen 90 Prozent aufgeteilt. Daß aber natürlich dann, wenn die Eisenbahn eine große Ausdehnung hat, eine Unzahl von Gemeinden berührt werden müssen, das dürfte Ihnen wohl klar sein. Aber diese Bevorzugung von Wien erstreckt sich nicht nur auf die besondere Erwerbssteuer allein, wie immer dargestellt wird. Wenn man das Personalssteuergesetz aufmerksam liest und sich den § 13 über die allgemeine Erwerbssteuer ansieht, so findet man, daß die gleiche Bevorzugung — vielleicht in einem noch stärkeren Ausmaße — auch bei der allgemeinen Erwerbssteuer vorhanden ist, denn dort heißt es, daß von der allgemeinen Erwerbssteuer ein Drittel an jenem Orte vorzuschreiben ist, wo der Verkauf der erzeugten Waren stattfindet, und zwei Drittel an jenem Orte, wo die Waren erzeugt werden. Wenn also die Alpine oder eine andere Unternehmung, die der allgemeinen Erwerbssteuer unterliegt, eine größere Anzahl von Fabriken hat und den Verkauf in Wien durchführt, so bekommt Wien auf Grund des Ausweises über die Steuerleistung ein Drittel der gesamten Steuer aller dieser Unternehmungen und auf diesen falschen Berichten beruhen die Behauptungen, die Sie hier immer wieder vorbringen. Ich habe im Jahre 1919 schon gesagt, daß es unrichtig ist, wenn behauptet wird, „Wien zahlt den größten Teil der Steuern. Denn das Umgekehrte ist der Fall. Wien hebt die Steuer ein, die Lasten hat aber das Land zu tragen, das Land hat die Straßen zu erhalten, das Land muß für Schulen sorgen, muß die Armen erhalten, muß Spitäler und Siechenhäuser erhalten, Wien erhält den ein Drittel-Steueranteil, hat aber diese Lasten nicht.“ (Wallisch: „Wenn die Alpine eine Lumperei macht, dann kümmern Sie sich nicht darum!“)

Sie werden mir schon erlauben, Herr Wallisch, daß ich weiter spreche. Ich bin kein Defektiv und kein Gendarm, ich bin Abgeordneter und kümmere mich auch nicht um Ihre Lumpereien, wenn Sie welche machen. Die besondere Stellung, welche Wien in Bezug auf die Ertragsanteile und auf die Hereinbringung von Steuern genießt . . . (Zwischenrufe Rutschak.) Herr Rutschak, Sie machen sich ja doch nur lächerlich! (Zwischenrufe: „Nein!“) Wenn Sie sachlich etwas zu erwidern haben, stehe ich Ihnen zur Verfügung, aber diese Zwischenrufe haben ja keinen Zweck und zeugen nur von dem großen geistigen Horizont, auf den Sie sich so viel einbilden. Ein schlagender Beweis, wie sehr es Wien versteht, sich auf Kosten der Länder zu bereichern, sind die Anteile aus der Holzausfuhrabgabe. Sie wissen ja, meine Herren, daß bei uns eine Ausfuhrabgabe für Nugholz eingehoben wird. Im Jahre 1922 — für 1923 habe ich die Ziffern noch nicht zur Verfügung — sind Hunderte von Milliarden Kronen an solcher Ausfuhrabgabe eingegangen und da heißt es nun, es ist ein Schlüssel festgestellt, nach welchem ein Teil dieser Holz ausfuhrabgabe der Bund bekommt und der Rest wird auf die Länder, die Holz ausführen, aufgeteilt. Ich kann nun zwar nicht genau behaupten, aber ich glaube, daß 40 Prozent der Bund bekommt und die restlichen Prozente auf die Länder aufgeteilt werden. Es ist nun sehr interessant, daß das Land Wien infolge seiner großen Holz ausfuhr beinahe soviel bekommt als Steiermark. (Rufe: „Hört!“) Ist das gerechtfertigt? Und da heißt es noch, „nach Maßgabe der ausgeführten Holzmenge“. Steiermark hat nun 17, Wien 12½ von den 60 Prozent bekommen, Wien hat aber keinen Kubikmeter ausführen können, weil es kein Holz hat, und so geht es bei allen Steuergattungen fort, und dann geht man im Landtage her und behauptet, ja in Wien geht es wohl, weil die Sozialdemokraten dort so ausgezeichnet zu wirtschaften verstehen. (Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Freilich geht es wohl, weil sie es verstehen, alles so einzurichten, daß sich die Kommunalkörperschaften, die von ihnen geleitet werden, bereichern können auf Kosten derjenigen, die nicht von ihnen geleitet werden; etwas anderes ist die ganze Geschichte nicht, das ist ja gestohlenes Geld, mit dem sie arbeiten (Beifall bei den Bauernbündlern. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten), gestohlen den Ländern und Gemeinden. (Oberzaucher: „Wir werden noch darüber reden!“) Ich bitte sehr, es wird mich freuen, wenn Sie mir Gelegenheit geben, noch einmal darüber zu reden, ich bedaure nur lebhaft, daß ich heute noch nicht dem hohen Hause mitteilen kann, wie viele Millionen es ausmacht, was man auf diese Weise dem Lande Steiermark ganz widerrechtlich weggenommen hat, aber ich hoffe, im Laufe der Spezialdebatte diese Ziffern bringen zu können. (Stametz: „Rothschild zahlt 1½ Milliarden Dienstbotensteuer. Das sind Einnahmen!“) Es ist einmal so, Wien wirtschaftet auf Kosten der Länder. (Wallisch: „Der spricht über etwas, was er nicht versteht!“ — Gartner: „Der Hartleb braucht von Ihnen keine Intelligenz!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen und ersuche

den Herrn Abg. Hartleb, nun seine Rede fortzusetzen.

Hartleb (fortfahrend): Meine Herren, ich habe ja schon gesagt, die Ziffern, die ich aufstreiben konnte seit vorgestern, habe ich jetzt gebracht. Sie können sagen, was Sie wollen, gegen diese Zahlen können Sie nicht anrennen und können die Wahrheit nicht umstoßen. Ich glaube, ich habe Ihnen mit diesen Ausführungen den Beweis erbracht, daß Herr Kollege **Aust** zwar merkt, wenn eine unrichtige Ausdrucksweise vorkommt, wie seitens des Herrn Kollegen **Peintinger**, dafür war er aber auch die meiste Zeit in der Schule, und zwar zuerst Schüler und dann Lehrer, der schließlich reden können muß (Zwischenrufe), aber ich habe Ihnen weiters den Beweis erbracht, daß Herr Kollege **Aust** bei all seiner schönen Aussprache die Hauptsache vergessen hat, nämlich, die Wahrheit zu sagen, und das ist nun einmal die Hauptsache und die hat er ganz links liegen lassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich gedacht, es gibt so niemand im Landtag, der prüfen kann, ob es erlogen oder wahr ist, was er gesagt hat. Aber ich bitte, seien Sie recht vorsichtig mit Ihren Ziffern, denn ich werde alle Ihre Ziffern nachprüfen, und wenn es mir noch soviel Arbeit kostet, weil ich Ihnen nichts mehr glaube, weil ich darauf gekommen bin, daß es Ihnen nicht darum zu tun ist, der Öffentlichkeit die Wahrheit bekanntzugeben, sondern, daß Sie alles und jedes dazu benützen, um für Ihre Partei Stimmung zu machen. Paßt es Ihnen nicht, dann wird es solange verändert, bis es Ihnen paßt. Auf diese Weise kann man nicht behaupten, daß Sie ehrliche Arbeit leisten, wer ehrlich arbeitet, muß auch bei der Wahrheit bleiben, wenn es auch für die eigene Partei nicht angenehm ist, nicht nur dann gerade, wenn es einmal paßt, die Wahrheit zu sagen; zuerst die Wahrheit und dann die Partei, und nicht umgekehrt. Diesen Rat möchte ich Ihnen von der sozialdemokratischen Seite geben. (**Maehold**: „Selbst befolgen!“) Ich nehme dies zur Kenntnis, und ich habe schon einmal erklärt, daß ich für die Ziffern, die ich nenne, Ihnen Rechenschaft geben werde. (**Wallisch**: „Wir sind gar nicht neugierig!“) Herr Kollege **Wallisch** hat sich scheinbar ein System zurecht gelegt und dieses besteht darin, daß er, wenn er in Verlegenheit kommt und sich sagen muß, jetzt weiß ich nicht, was ich nachher erwidern soll, frachtet, durch Zwischenrufe, wenn sie noch so ungeschickt und unpassend angebracht erscheinen, den Redner zu stören, die Aufmerksamkeit abzulenken. Ich sage mir, daß ist kein Beweis einer besonderen Überlegenheit, mit solchen Waffen kämpft nur derjenige, dem die geistigen Waffen, einen sachlichen Kampf auszufragen, mangeln. (Rufe bei den Christlichsozialen: „So ist es!“ — **Leichin**: „Herr Kollege **Zenz**, Sie können noch einmal einen Juden taufen!“) Ich sage mir auch, daß die Art, die von den Sozialdemokraten hier in den letzten Tagen wiederholt zur Schau gestellt worden ist und die darauf hinausgeht, wenn es sich um eine Aussprache über irgend einen Gegenstand handelt, den einen Teil zu bekämpfen, den anderen zu verhöhnern. — Herr **Leichin**, es wird Ihnen nicht schaden, wenn auch Sie zuhören. — Die Art, die Sie uns in den letzten Tagen zur Schau gestellt haben, die darauf

hinausgeht, den Gegner zu verhöhnern, zu beschimpfen und herabzusetzen, auch von der Art sage ich, daß man von ihr nicht viel zu halten hat. Jener Gegner, der anständige Waffen zu führen versteht, der greift nicht zur Dreckschleuder, denn damit zeigt er, daß er das Selbstvertrauen für die Führung anderer, anständiger Waffen verloren hat. Und gerade Sie sind es gewesen, die im Landtage angekündigt haben, gerade einer Ihrer Herren hat gesagt — ich kann nur die Nummer des stenographischen Protokolles nicht so schnell sagen, aber vielleicht suchen Sie sich's selbst heraus —, einer Ihrer Herren hat gesagt: „Wir werden den Kampf mit geistigen Waffen gegen Sie aufnehmen!“ Das, was wir die vier letzten Tage gesehen haben, das hat, wie ich fürchte, mit einem Kampf mit geistigen Waffen nichts zu tun, das war hier alles andere, als ein Kampf mit geistigen Waffen. Ich würde es Ihnen empfehlen, wenn Sie sich entschließen könnten, tatsächlich mit geistigen Waffen zu kämpfen. Herr Abg. **Wolf**, Sie dürfen nicht glauben, Sie dürfen nicht auf dem Standpunkte stehen, daß Sie bei uns in Steiermark unter den Bauern lauter Leute haben, die nicht den Kampf mit geistigen Waffen zu führen verstehen. Auch wir werden, wenn wir auch nicht Parteisekretäre sind und nicht unser ganzes Leben in der Schule verbracht haben, uns doch darin bis zu einem gewissen Grade messen können. Nicht messen können wir uns aber mit Ihnen, wenn es sich darum handelt, alles zu verdrehen und umzuformen, was einem nicht paßt. Das liegt uns nicht, es ist uns nicht anezogen, wir sind nur einfache Leute vom Lande, wir sind nicht so gedeckelt, sind nicht auf allen Suppen herumgeschwommen, wie einer, der einmal bei **Bela Kuhn** war, von dem kann man auch auf diesem Gebiete etwas verlangen, das werden Sie einsehen, bei uns ist die Sache etwas anders, deshalb müssen Sie schon entschuldigen, wenn wir Ihnen auf diesem Gebiete keine Gefolgschaft leisten. Wir haben uns vorgenommen, den Kampf mit Ihnen nicht ruhen zu lassen, aber wir werden Ihnen, wenn Sie es wünschen, zeigen, wie man mit geistigen Waffen kämpft, der Bauer wird es den Herren von der Stadt zeigen. (**Leichin**: „Der Zug der Bauern unter **Hagenhofer** auf die Universität beweist es!“ — Unverständlicher Zwischenruf des Abg. **Gföller**.) Herr Kollege **Gföller**, wenn Sie über die „Bauernstimmen“ sprechen, dann erinnere ich Sie daran, daß es außer den „Bauernstimmen“ noch andere Zeitungen gibt. Ich nenne zum Beispiel den „Kleinbauern“ und die Zeitung „Arbeiterwille“, und wir sagen, was die Schreibweise und die Sachlichkeit anbelangt, da brauchen sich die „Bauernstimmen“ vor Ihren Zeitungen wohl nicht zu genieren. Ich glaube, wenn das Papier schamrot werden könnte, dann würde der „Kleinbauer“ und der „Arbeiterwille“ manchmal so hochrot ausschauen, daß man sogar die schwarzen Ziffern sich schwer vom Papier abheben sehen würde. Ihr Glück ist, daß das Papier so geduldig ist. Und da Sie genau wissen, daß das Papier geduldig ist, so versuchen Sie jede Sache einmal so und einmal so auszulegen. Das möchte ich Ihnen an der Hand des „Kleinbauern“ an einer kleinen Kostprobe beweisen. Es ist schon einmal hier im Landtage gesprochen

worden von der Gründung der Zentralmolkerei, und auch der „Kleinbauer“, Ihr rotes, agrarisch-politisches Blatt, hat sich bemüht gesehen, zur Gründung dieser Zentralmolkerei Stellung zu nehmen. Der Herr Landesrat Winkler hat anlässlich seiner Rede, die er am ersten oder zweiten Tage der Budgetdebatte gehalten hat, schon darauf hingewiesen, daß die Ausführungen, die damals im „Kleinbauern“ zu lesen waren, nicht der Wahrheit entsprechen. Sie haben damals geschrieben, daß bei dieser Zentralmolkerei nur die großen Besitzer beteiligt sind und daß der kleine nur als Ausbeutungsobjekt dabei ist. Sie haben, sozusagen, der „Kleinbauer“ hat geschrieben — ich finde momentan die Stelle nicht, es hat sie mir jemand verbläffert —, aber Sie haben geschrieben: Das ist ein Monopol, das sich die Großkopferten jetzt zusammengerichtet haben. Sie werden nicht nur den Konsumenten die Milchpreise verteuern, sondern auf Grund dieses Trusts, dieses Monopols, auch den Kleinbauern die Milch wegnehmen. Ich habe jetzt den „Kleinbauern“ da, da heißt es: „Im Aufsichtsrat sind beinahe lauter Großbauern. Zum Obmann wurde der Präsident des „Landwirteverbandes“ (eine neue steirische, gegen die Landarbeiter gerichtete Arbeitgeberorganisation der Gutsbesitzer), Herr Landesrat Franz Winkler, gewählt.“ Nun, meine Herren, für den Nichteingeweihten ist es wirklich so, wenn er das liest, als ob ein solcher Verband bestehen würde. Richtig aber ist: 1. Ist der Landwirteverband keine neue Organisation, sondern er besteht seit Mitte der Neunzigerjahre. Dann ist er keine Organisation der Arbeitgeber, sondern das ist der Verband der landwirtschaftlichen Organisationen in Steiermark und nicht der der Gutsbesitzer. Dann heißt es weiter: „Zum Stellvertreter wurde der Herrschaftsbesitzer und verfloßene Graf Kottulinsky gewählt.“ Das paßt Ihnen nicht, wenn auch ein großer Besitzer darin ist, weil Ihre Politik darauf eingestellt ist: „Nur den Kleinen, den Großen bringen wir um, und wenn der umgebracht ist, dann kann auch der Kleine sich nicht mehr wahren, dann nehmen wir ihm auch alles weg!“ (Beifall bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern. — Wallich: „Wie der Schelm denkt, so spricht er!“) Das sind die Hintergedanken, und wir sind nicht so dumm, daß wir das nicht schon längst durchschaut haben. So geschieht wie Sie, Herr Leichin, sind wir auch. (Leichin: „Wie stellen Sie sich denn das vor?“ — Große Unruhe. — Widerspruch.) Ich werde das schon erklären. Um 1 Uhr ist zwar jetzt die Sitzung aus, aber wir haben die nächste Woche ja auch noch Sitzungen und daher Zeit. Wenn über Bruck Zeit gewesen ist, 6 Stunden zu reden, so können wir über andere Angelegenheiten auch 6 Stunden und noch länger reden. Die Brucker Angelegenheit hat Sie interessiert, diese Angelegenheiten interessieren uns. Es wird gut sein, wenn Sie auch einmal zuhören, denn warum sollen denn immer wir die Zuhörer sein. Ihnen schadet unsere Weisheit viel weniger, als wenn andere von Ihren Ansichten hören. Es ist also nur ein billiger Ausgleich, wenn auch Sie zuhören müssen. Es heißt weiter im „Kleinbauer“: „Aus dem Bericht kann entnommen werden, daß es sich um einen förmlichen Milchver-

wertungstrust handelt, der lediglich von Großgrundbesitzern und Großbauern geführt wird. Ein kapitalistisches Unternehmen im größten Stil, unter dem Aushängeschild einer Genossenschaft. Unter diesem Trust werden wahrscheinlich nicht nur die Milchverbraucher, sondern auch die Kleinbauern zu leiden haben. Denn wieviel Kleinbauern werden wohl imstande sein, Anteile von 5 Millionen Kronen aufzubringen, um so Einfluß auf diese angebliche „Genossenschaft“ zu erringen. Dieser Trust wird nicht nur den Verbrauchern die Milchpreise diktieren können, sondern er wird ebenso jenen Kleinbauern die Verkaufspreise diktieren, die ihre Milch dem Trust verkaufen wollen.“ Das steht im „Kleinbauern“, Nr. 4, Seite 7. Es ist dann später von unserer Seite dem entgegengehalten worden, daß Ihre Ansicht nicht ganz richtig ist, daß es sich nicht darum handelt, daß der einzelne kleine Besitzer 5 Millionen Kronen an Anteil zeichnen muß, sondern daß eben die Organisationen sich zusammengeschlossen haben, daß diese Organisationen, die natürlich eine große Zahl von Kleinbauern umfassen, daß diese die 5 Millionen Kronen für die Organisation einzubringen haben. Sie haben natürlich später, und zwar hat es wieder der Herr Kollege A u f t getan, gesagt: „In dieser Genossenschaft sind keine Kleinbauern darin, sondern nur Großbauern,“ eine Behauptung, die vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Meine Herren, wenn wir bei unseren genossenschaftlichen Arbeiten auf die großen Besitzer angewiesen wären, dann wäre es gescheiter, wir lassen die Sache stehen, weil der große Besitzer selbst in der Lage ist, einkaufen zu können. Der kann einen Waggon Kunstdünger einkaufen und wenn er es allein nicht imstande ist, so macht er es mit seinem Nachbar. Aber der Kleine kann das nicht. Die Arbeit, die wir in der Genossenschaft leisten, ist hauptsächlich für die Kleinbauern eingerichtet und wir haben die feste Überzeugung, daß wir mit unserer genossenschaftlichen Arbeit für die Kleinbauern viel, viel mehr leisten und ihnen nützen, als Sie mit Ihrer Demagogie. Ehrlich ist es Ihnen um die ganze Sache doch nicht zu tun, Sie brauchen die Kleinbauern einfach deswegen, weil Ihnen die Zahl der Kleinbauern fehlt, um die Mehrheit zu bekommen in den gesetzgebenden Körperschaften. Würden Sie diese Mehrheit haben, so würden Sie auf die Kleinbauern pfeifen. Schauen Sie, man braucht ja nur die Schriften Ihrer Führer zu lesen, so kennt man Ihre Absicht, und man weiß, was man von Ihnen zu halten hat. Ich habe früher diesen Artikel vorgelesen aus dem „Kleinbauern“, wo diese genossenschaftliche Organisation für die Milchverwertung heruntergezogen und verpöbelt wird. Da ist es nun ganz interessant, in Nr. 8 noch einmal von dieser Organisation zu lesen und zu vergleichen, was jetzt darin steht. Jetzt wird aus der Einrichtung, die Sie in Nr. 4 beschimpft haben, ein Eigenverdienst gemacht und da heißt es: „Wir können also mit Befriedigung sagen, daß trotz der bestehenden großen Gegnerschaft gegen unsere genossenschaftliche Tätigkeit unser Wirken von Erfolg begleitet ist. Es sei zum Schlusse nur noch erwähnt, daß beispielsweise in einem Orte im Burgenland, in dem wir darangingen, die Gründung einer Milchgenossenschaftsgruppe vorzunehmen, die Kleinbauern für den Lifer

Milch eine Preiserhöhung um 400 bis 500 Kronen erhielten, und zwar nur deshalb, weil sich der Zwischenhändler, der bisher den Kleinbauern die Milch abnahm, veranlaßt sah, eine Erhöhung des Stallpreises zuzugestehen." Wenn wir angeführt haben, daß wir deshalb diese Vereinigung schaffen, um den Zwischenhandel auszuschalten, um möglichst direkt unsere Erzeugnisse den Konsumenten zuzuführen, so haben Sie uns immer schlechte Absichten untergeschoben wollen, aber in dem Falle, wo Sie daran gehen, eine Milchwirtschaftsgründung in einem Dorfe zu machen, ist das schon ein Verdienst. Ich bitte, messen Sie nur nicht mit zweierlei Maß. Wenn man 8 oder 10 Stunden im Landtag immer über Gerechtigkeit gesprochen hat, daß es das erste Erfordernis sei, eine Sache objektiv zu betrachten, ob von der oder jener Seite, daß es das erste Erfordernis sei, alle Parteien und Leute gleich zu behandeln, warum dann diese Quertreibereien? Zuerst dagegen auftreten und dann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, ist das ehrlich? Alles eher, nur nicht ehrlich. Sie unterschätzen die Kleinbauern, wenn Sie glauben, daß sie so dumm sind, daß sie sich auf Ihren Leim setzen werden. (Oberzaucher: „Auf Ihrem Leim sitzen sie ja auch noch nicht!") Ich möchte es ganz gerne darauf ankommen lassen, in einer Versammlung in Steiermark untersuchen zu lassen, wer mehr Anklang findet, ich oder Kollege Oberzaucher. (Wallisch: „In Pernegg kommen Sie mit Ihren Bauern und wollen uns terrorisieren!") Herr Abg. Wallisch, Sie mit Ihrem Terror, reden nur Sie nichts von Terror, wenn jemand kein Recht hat, über Terror zu sprechen, dann sind Sie es mit Ihrer Vergangenheit als Sekretär beim Bela Kun in Ungarn, das merken Sie sich. Dort war kein Terror, da ist gemehgert und gemordet worden. (Wallisch: „Was geschieht heute in Ungarn? Tausende von Arbeitern werden von den Christen umgebracht!") — Lebhaftes Unruhe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde heute nicht fortfahren, es hat keinen Sinn, daß ich über dieses Kapitel, von dem ich vorher gesagt habe, daß ich es zurückstelle für die Spezialdebatte, heute zu reden anfangen. Ihnen würde es Freude bereiten, wenn der Eindruck meiner Ausführungen verloren ginge dadurch, daß ich einen Teil heute, einen Teil in der nächsten Woche und, wenn Sie weiter so reden, einen Teil vielleicht übernächste Woche bringe. Ich lege Wert darauf, meine Ausführungen im Zusammenhange bringen zu können, weil es gerade bei Ausführungen, die abgestimmt sind, sachlich etwas zu behandeln und die auch die Absicht haben, sachlich beurteilt zu werden, von größtem Werte ist, wenn man sie zusammenhängend bringen kann. Den einen Beweis, den ich Ihnen zu erbringen versprochen habe, daß Kollege A u f f der Wahrheit ins Gesicht geschlagen hat mit den Ausführungen bezüglich der Besteuerung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und weiters, daß es falsch sei, was Abg. A u f f behauptet hat in Bezug auf die Steuervorschriften in Wien, beziehungsweise bei den Produktionsstätten, den Beweis habe ich wohl auch einwandfrei erbracht. Ich werde nächste Woche den Beweis erbringen können, daß Sie immer wieder

Behauptungen aufstellen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen nicht glauben, daß ich aus Feindseligkeit gegen den Abg. A u f f das behauptet oder ihn gar als Lügner hinstellen will. Er ist vielleicht das unschuldige Opfer eines Systems der sozialdemokratischen Partei. (Oberzaucher: „Weil er heute nicht da ist, reden Sie soviel über ihn. Er wird schon antworten, wenn er wieder da ist!") Ich werde Ihnen diese meine Ansicht, daß er vielleicht ein Opfer ist, noch kurz begründen. (Gföller: „Es kann auch länger dauern!") Wie Sie wünschen, ich habe ja auch Zeit. Wir haben vor dem Herrn Abg. A u f f den Herrn Abg. Gföller gehört. Er hat eine Rede gehalten über die Kleinbauern und hat so gesprochen, wie wenn er sich in einer Kleinbauernversammlung befinden würde. Er hat genau das Gegenteil von dem gesprochen, was der Abg. A u f f behauptet hat. Nun frage ich, wer ist der Schuldige? Gföller oder A u f f? Oder ist die sozialdemokratische Partei der Schuldige? Der Herr Abg. Gföller hat auf Grund des höheren Befehles, den Dr. Otto Bauer in Wien erteilt hat, den Auftrag bekommen, eine Kleinbauernorganisation für die Roten ins Leben zu rufen. Er hat natürlich umfassen müssen. Er hat eine Arbeitseinteilung, die ihm diese Tätigkeit vorschreibt. (Gföller: „Woher wissen Sie das?") Wir sind gut unterrichtet und was wir nicht so erfahren, darüber bilden wir uns selbst ein Urteil. Und ich denke mir, diese Arbeitseinteilung muß einen Nachteil haben, da wohl der eine, der sich ausgesprochen mit diesem Gegenstand beschäftigt, verhältnismäßig rasch sich hineinfindet, und schnell über die Sache orientiert ist, aber der andere, der sich einbildet, er muß auch über diese Sache reden, eventuell von der Geschichte nichts weiß, obwohl er sich vorgenommen hat, darüber zu reden. Er hat sich vielleicht gedacht, nun will ich einmal die Bauernschaft ansehen. Er weiß gar nicht, was er sagen soll. Da hat er sich nun die stenographischen Berichte hergenommen der Jahrgänge 1919, 1920, 1921 und 1922, und was hat er herausgefunden? Eben nichts anderes, als was der Herr Kollege A u f f am 30. April 1924 im Landtage geredet hat, denn damals hat man von den Sozialdemokraten über uns noch nichts anderes reden gehört, da ist nur geschimpft, verleumdet und die Unwahrheit behauptet worden. Das hat Abg. A u f f gelesen, das war damals System und an dieses hat er geglaubt, kann er sich weiterhalten, es ist ihm aus irgend welchen Gründen nicht zum Bewußtsein gekommen (Winkler: „Ein Fehler der Regie!"), daß die sozialdemokratische Partei jetzt anders sein muß, daß sie nicht mehr auf dem alten Geleise weiterfahren kann, weil auf diesem Geleise die Stimmenzahl für die Mehrheit in der Nationalversammlung nicht zusammenkommt, da ist er auf ein falsches Geleise gekommen, auf eine falsche Weichenstellung. Abg. A u f f hätte umstellen sollen auf das Kleinbauerngeleise und statt dessen ist er mit Wollschweiß auf dem Industriearbeitergeleise weitergefahren; und Pumpski hat er nun auf einmal den Abg. Gföller mit samt seiner Kleinbauernorganisation über den Haufen gerannt. (Zustimmung.) Abg. Gföller hat draußen förmliche Wutanfälle bekommen, so gebeutelt hats ihn, erbarmt hat er mir, der arme Teufel. Wir

glaubten, jetzt haben wir einen tüchtigen Bundesgenossen in unserer Bauernbewegung und wenn der so fort tut, da ist er nächstens bei weitem radikaler wie wir. Das wird dann was für uns, die Sozialdemokraten haben einen enormen Verlust, sie verlieren den Abg. Gföller, der einer ihrer besten Redner ist, aber Abg. A u s t ist eben auf das gefahrlöse Geleise gefahren, er ist aber nicht schuld daran, sondern der Klubobmann, weil er den Wechsel nicht gestellt hat. Das wird Ihnen noch oft passieren, viel leichter wie bei einer Strecke, wo es keinen Wechsel gibt, wo es nur ein Geleise gibt, da kann der Zug nur auf einem Geleise fahren, außer es gibt überhaupt eine Entgleisung, aber wenn die Geschichte kompliziert wird, heißt es aufpassen und daß man nicht genug aufpassen kann, haben wir beim Herrn Abg. A u s t gesehen. Wenn Sie lange agrarpolitisch arbeiten, werden Sie sehen, daß eine Weiche nicht genügt, da werden Sie sehen, daß der eine Teil, der in Untersteiermark, das Auskommen mit einer Weiche, wo das Geleise bezeichnet ist: „Kleinbauern bis zu drei Joch“ findet, dann werden Sie ins Mürztal kommen, dort werden Sie sehen, damit können wir hier nicht fahren, wir müssen eine zweite Weiche einstellen und die heißt: „Kleinbauern bis zu 15 Joch“. Dann werden Sie wieder in eine andere Gegend kommen, wo Sie wieder sehen, daß das Geleise zu kurz ist, dann kommen eben die Kleinbauern dran bis zu 50 Joch. Nun, es wird genug Zusammenstöße geben, wenn Sie sich selber keine Weichen stellen können, bin ich sicher mit großer Freude bereit, sofort Sorge zu tragen, daß möglichst oft Zusammenstöße stattfinden, wenn Sie mich zu Ihrem Weichensteller ernennen wollen. Das habe ich nur vorbringen wollen, um den Kollegen A u s t zu entlasten. Eine Schuld von ihm ist das ja nicht, er ist einfach im gewohnten Geleise weitergefahren, weil er es übersehen hat, daß die Partei über Auftrag des Dr. B a n e r umgestaltet hat. Er hat übersehen, daß vor ihm der Kleinbauer Gföller gesprochen hat. Auf diese unangenehmen Sachen müssen Sie sich gefaßt machen. Sie kommen in die unangenehme Lage, in der auch die Partei auf der anderen Seite des Hauses ist, denn dort gibt es auch das Doppelgeleise, in der Stadt das eine und auf dem Lande ein anderes. Wenn man nicht aufpaßt, dann passiert natürlich oft, daß die Verschubmaschine auf ein falsches Geleise kommt. (W i n k l e r: „Aber da ist die Regie besser!“) In der Beziehung haben wir es wirklich gut. Sie sehen, wir haben nur ein Geleise und auf das schauen wir. Wir wollen unser Geleise nicht so einrichten wie Sie, wir wollen schön sauber in unserem einen Geleise weiterfahren, unser einziges Geleise aufrecht erhalten. Im Interesse unserer Volkswirtschaft, im Interesse des Wiederaufblühens unseres Staates möchte ich Ihnen die Mahnung ans Herz legen, besinnen Sie sich, gehen Sie ab von diesem zweiten Geleise und stellen Sie sich darauf ein, das zu machen, was die Großdeutschen im Parlament als Ideal bezeichnet haben, das, was auch wir in unserem Programm als unser Endziel hingestellt haben, die Beseitigung der politischen Parteien, Einrichtung des Ständeparlaments, das Zusammenarbeiten der wirtschaftlichen Körperschaften, der wirt-

schaftlichen Interessen, dann wird im öffentlichen Leben Verschiedenes, was Unruhe verursacht hat, verschwinden, weil ja auch dann so manche Menschen aus dem öffentlichen Leben verschwinden werden, die nur von der Heße und dem Gegensatz leben, weil dann nur Leute da sind, die mit dem Herzen dabei sind und auch für die Sachen der anderen mehr Verständnis aufbringen können als wie der Berufspolitiker, der weder den einen Stand noch den andern genau kennt, der jedem nur verspricht und unmöglich alles halten kann. Unser Ziel ist und bleibt die Ständesvertretung, die ich aber nicht zu verwechseln bitte mit Klassenpolitik, wir lehnen diese ab und treten für die Vertretung unserer Interessen ein. Wir wollen aber auch, daß die anderen Stände, die wir für ebenso notwendig halten, gerade so wie wir, ihr Auskommen finden, daß auch sie leben können. Wir wollen, daß es nicht zur Diktatur des einen oder anderen Standes, der einen oder anderen Klasse kommt, sondern daß wir eine wirkliche Demokratie haben, wo es dann heißt, wirkliche Freiheit und gleiches Recht für alle. (Beifall.)

Präsident: Es ist in 10 Minuten bereits 1 Uhr. Nach dem Beschlusse der Obmännerkonferenz soll die Sitzung nur bis 1 Uhr dauern. Ich würde also, wenn es der Wunsch des hohen Hauses ist, die Sitzung jetzt zu unterbrechen, dem Herrn Abg. Dr. O b e r e g g e r das Wort nicht mehr erteilen. (Zustimmung.) Es ist also der Wunsch, die Sitzung jetzt zu unterbrechen.

Ich habe noch folgendes mitzuteilen:

Die Landesregierung hat die Vorlage, E.-Zl. 188, betreffend die Instandsetzung des Landhauses, zurückgezogen.

Ich unterbreche die Sitzung und teile mit, daß die Sitzung am Montag, den 5. Mai 1924, um 3 Uhr nachmittags, fortgesetzt wird.

(Die Sitzung wird am 3. Mai um 12 Uhr 45 Minuten nachmittags unterbrochen und vom Präsidenten K ö l b l am 5. Mai um 3 Uhr 10 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abg. P i c h l e r und Genossen an den Landeshauptmann, wegen der noch nicht erfolgten Abrechnung der den Gemeinden auf Grund des Finanzverfassungsgesetzes, beziehungsweise des Abgabenteilungsgesetzes gebührenden Abgabenertragsanteile.

Da auf der Anfrage die erforderliche Zahl der Unterschriften nicht vorhanden ist, stelle ich die Unterstützungsfrage. (Die Unterstützung wird gegeben.) Ich bringe diese Anfrage sofort zur Verhandlung und erteile dem Herrn Landesrat O b e r z a u c h e r zur Begründung das Wort.

Oberzaucher: In Abwesenheit des Herrn Abg. P i c h l e r erlaube ich mir die dringliche Anfrage des Näheren zu begründen.

Im Sinne des Finanzverfassungsgesetzes, beziehungsweise des Abgabenteilungsgesetzes vom 3. März 1922 ist die Finanz-Landesdirektion verpflichtet, von den dem Lande Steiermark zufließenden Teilen des Ertragnisses an den gemeinschaftlichen Abgaben, das ist

die Einkommensteuer, Rentensteuer, allgemeine und besondere Erwerbsteuer, Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben, Branntweinsteuer, Biersteuer, Weinsteuer, Schaumweinsteuer, Immobiliargebühren und Gebührenäquivalent die Ertragsanteile der Gemeinden unmittelbar an die Gemeinden zu überweisen. Die Finanz-Landesdirektion hat bis heute nur Vorschüsse, aber auch in unzureichendem Ausmaße, den Gemeinden flüssiggestellt, Gelder, die erwiesenermaßen weit hinter jenen Beträgen zurückbleiben, die an Gemeinden auf Grund des Ertrages der gemeinschaftlichen Abgaben und des gesetzlich festgelegten Aufteilungschlüssels tatsächlich gebühren. Ebenso sind auch die den Gemeinden zukommenden Vorschüsse am Anteile an der Warenumsatzsteuer in Anbetracht der Erhöhung dieser Steuergattung unzulänglich. Dieses Vorschußwesen zum Vortheile des Bundes, aber zum Nachtheile der Gemeinden, herrscht nun seit zwei Jahren. Es ist ein völlig unhaltbarer Zustand, daß einerseits der Bund den steirischen Gemeinden viele Hunderte von Millionen Kronen schuldig bleibt, während er andererseits für die einer Anzahl von steirischen Gemeinden gewährten Darlehen einen Zinsendienst fordert. Durch dieses Vorschußsystem ist eine Reihe von Gemeinden, besonders Industriegemeinden, in große finanzielle Bedrängnis gerathen und muß darauf gedrungen werden, daß der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden dadurch nachkommt, daß die Finanz-Landesdirektion die den Gemeinden zukommenden Ertragsanteile abrechnet, damit durch eine Auszahlung der Rückstände die Gemeinden vor dem finanziellen Zusammenbruche bewahrt bleiben. Hohes Haus! Diese dringliche Anfrage wurde notwendig, weil, wie bekannt ist, verschiedene Vertreter steirischer Gemeinden des öfteren bei der Finanz-Landesdirektion vorgesprochen haben, um eine etwas beschleunigtere Auszahlung der ihnen gebührenden Ertragsanteile an den Bundessteuern zu erlangen; es war dies aber trotz aller Versprechungen nur zum geringen Theile zu erreichen. Inwiefern daran die Schuld die Steuerbehörde trifft, oder inwieweit es Absicht ist, den Gemeinden die ihnen gebührenden Ertragsanteile vorzuenthalten, das kann ich nicht genau bestimmen; das zu untersuchen und die Auszahlung dieser Anteile zu beschleunigen, das soll der Zweck dieser dringlichen Anfrage sein. Wenn man weiß, wie schwer die Gemeinden unter diesen unzulänglichen und unzureichenden Zuweisungen leiden, wenn man weiters weiß, daß, wenn diese Anteile auch zur Gänze zugewiesen würden, die Gemeinden trotzdem schwer zu kämpfen hätten, trotzdem ihre Aufgaben, die ihnen gestellt sind, nicht zur Gänze erfüllen könnten, wird man ermessen, wie groß die Noth in den Gemeinden ist, wenn diese Anteile auch nicht in dem Ausmaße zugewiesen werden, wie dies vom Gesetze vorgeschrieben ist. Die Aufteilung der Steuern, der Prozentsatz der einzelnen Steuern ist im Gesetze genau geregelt. Man sollte daher meinen, daß bei einer ordentlichen Wirtschaft im Lande und Staate es doch möglich sein müßte, den Gemeinden die ihnen gebührenden Steuerertragsanteile rechtzeitig und vollständig zu überweisen. Die Gemeinden haben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, eine genaue Finanzwirtschaft zu

führen. Es müssen die Anteile, die den Gemeinden aus den Bundessteuern zufließen, die Grundlage jeder Gemeindegewirtschaft, die Grundlage des Voranschlages bilden; es ist daher den Gemeinden unmöglich, einen ordentlichen Voranschlag zu erstellen, die Gemeindegewirtschaft im kommenden Jahre so einzurichten, daß die Aufgaben, die erfüllt werden müssen, nur halbwegs erreicht werden können. Die Gemeinden sind einerseits gezwungen, durch Erstellung eines genauen Voranschlages zu beweisen, daß die finanzielle Wirtschaft in Ordnung ist; andererseits ist die Auszahlung unzureichender Vorschüsse auf die Gebühren geeignet, die Voranschlagserstellung zu behindern oder die Voranschlagserstellung zu einer Farce zu machen, weil die Gemeinde, welche nur Vorschüsse bekommt, nicht weiß, mit welcher Einnahme schließlich zu rechnen ist und welche Aufgaben sie erfüllen kann. Es ist also eine dringende Nothwendigkeit, daß trotz fortwährender Versprechungen bei der Finanz-Landesdirektion auch von anderer Seite versucht wird, auf die Bundesregierung und die Finanz-Landesdirektion einzuwirken, damit durch entsprechende Erlässe und Verfügungen die Einhebung der Steuern und deren gerechte und rechtzeitige Verteilung geordnet wird.

Wir stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage, ob er bereit ist, seinen Einfluß als Chef der mittelbaren Bundesverwaltung beim Ministerium der Finanzen, beziehungsweise der Finanz-Landesdirektion dahin geltend zu machen, daß endlich eine endgültige Abrechnung und Flüssigstellung der Rückstände an Ertragsanteilen an die Gemeinden erfolge.

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage hat sich Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen zum Wort gemeldet.

Dr. Rintelen: Hohes Haus! Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die vorliegende Frage auf unsere Gemeinden hat, bin ich selbstverständlich bereit, mich in der Sache sogleich zu informieren und meinen Einfluß als Chef der mittelbaren Bundesverwaltung beim Ministerium für Finanzen und bei der Finanz-Landesdirektion dahin geltend zu machen, daß die Abrechnung und Flüssigstellung der Rückstände an Ertragsanteilen durch die Finanzbehörden tunlichst beschleunigt werden.

Präsident: Wir schreiten nunmehr in der Tagesordnung weiter. Als nächster Redner in der Generaldebatte zum Voranschlage gelangt Herr Abg. Kandler zum Wort.

Kandler: Hohes Haus! Es ist zwar ganz gegen meine Gepflogenheit, in politische Debatten einzugreifen. Ich wollte mich nur in ganz sachlicher Beziehung in der Sache, zu deren Beratung wir uns eigentlich hier versammelt haben, und das ist zur Budgetfrage, äußern, aber das Verhalten der Gegenseite, die bisher nicht sachlich zur Frage Stellung genommen hat, sondern sich mehr mit politischen Auseinandersetzungen befaßte, veranlassen mich jedoch ebenfalls zuerst das Wort zur politischen Debatte zu ergreifen, damit nicht eventuell die Öffentlichkeit den Eindruck habe, als ob wir das, was die Herren von der Gegenseite hier behauptet haben, ruhig hinnehmen würden. Entsprechend der in diesem

Hause üblichen Methode, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen, welche Methode ja auch der Herr Abg. Stameß gleichfalls angewendet hat, sich mit den meisten einzelnen Angelegenheiten der Reihe nach zu befassen, werde ich diesen Vorgang ebenfalls einhalten und mir daher erlauben, auf die einzelnen Ausführungen der Redner der Reihe nach zurückzukommen. In dieser Richtung erlaube ich mir zuerst zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Stameß zu sprechen. Herr Bürgermeister Stameß sagte, daß die Sozialdemokraten in den Gemeindegewirtschaften keine schlechten Verwalter wären. Meine Herren, diese Frage jetzt schon zu untersuchen, ist außerordentlich schwierig, denn ich möchte sagen, die Gemeinden sind auch gewissermaßen Kriegsgewinner dadurch, daß ihnen alle die Werte, die seinerzeit meist hoch belastet waren, nun vollkommen entschuldet zur Verfügung stehen, alle jene Werte, welche die Vorgänger ausgebaut und ausgestattet haben. Wenn man davon spricht, daß die jetzige unerlöste Verschuldung nur eine geringe ist, so ist wohl selbstverständlich, daß eine Verschuldung in dieser kurzen Zeit, in der man Gelegenheit hatte, in einer Gemeinde zu wirken, wohl nicht jene Höhe erreichen kann, die der Valorisierung der Vorkriegsschulden entsprechen würde, denn dies wäre jetzt schon eine Katastrophe. Herr Bürgermeister Stameß hat weiters von den Umlagen der Gemeinde Mariazell gesprochen und hat die Höhe dieser Umlagen kritisiert. Nun, ich meine, wenn man etwas kritisiert, so muß man auch die Grundlagen dieser Kritik kennen und ich weiß nicht, ob es dem Herrn Bürgermeister Stameß bekannt ist, aus welchen Ursachen die Gemeinde Mariazell so hohe Umlagen hat, es handelt sich auch darum, zu welchem Zwecke diese Umlagen verwendet werden. Es ist etwas ganz anderes, ob die Umlagen für Verbrauchszwecke oder zu Investitionen verwendet werden, welche der ganzen Gemeinde zugute kommen und ihr neue Einnahmequellen erschließen. Das ist keine Umlage, die man bekämpfen, sondern begrüßen muß, und ich bin überzeugt, daß alle Einwohner in Mariazell, mit wenigen Ausnahmen, mit dieser Politik bestimmt einverstanden sind. (Stameß: „In Donawitz wird eine Schule gebaut!“) Herr Bürgermeister Stameß hat auch ferner davon gesprochen, daß die Gemeinden Wohnungen bauen sollen. Ich kann dem vollkommen zustimmen aus zweierlei Gründen: 1. weil Wohnungen geschaffen werden müssen, um die Wohnungsnot zu beheben (Ragner: „Sie sind ja Ziegelwerksbesitzer!“), und 2. weil die Beschaffung von Wohnungen das beste Mittel gegen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Mieterschutzes ist. Ich möchte aber fragen, was die Gegenseite dann für ein Agitationsmittel verwenden wird, wenn ihr durch diese Wohnungsbauten das bisher wirksamste Agitationsmittel weggenommen und die alten Wohnungen dann so billig sein werden, daß die mit großen Kosten neuerrichteten und daher zu teuren Wohnungen niemand beziehen wird. (Leichin: „Das geht Sie nichts an!“) Die Wohnungsfrage ist eine Zinsfrage und wenn die freie Wohnungswirtschaft einsetzt, dann werden wir sehen, daß wir nicht zu wenig, sondern zu viel Wohnungen hatten. Jeder wird sich nach der Decke

strecken und dann werden viele Wohnungen frei werden. Es wurde mir entgegengerufen: Sie sind ja Ziegelwerksbesitzer. Nun, die Bauindustrie fürchtet diesen Umstand bereits, weil sie weiß, daß die Aufhebung des Mieterschutzes zuerst keine große Vermehrung der Bautätigkeit mitbringen wird, weil der Wohnungsmarkt überschwemmt sein wird. (Saringer: „Also Sie sind für die Verelendung!“)

Der Herr Bürgermeister Stameß hat sich weiters mit der Verbrauchsaufgabe, welche das Land hätte einheben sollen, beziehungsweise welche als Bedeckung in den Voranschlag eingestellt war, befaßt. Nun, ich möchte hier ganz öffentlich konstatieren, das Fallenlassen dieser Verbrauchsabgabe ist nicht ein Verdienst der Gegenseite, sondern ausschließlich ein Verdienst des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Ahner, der im letzten Augenblick einen anderen Ausweg gefunden hat, das ist eine Kreditmöglichkeit. Aber durch Ihr Verhalten können Sie diese Kreditmöglichkeit wieder vernichten und dann werden Sie die Verantwortung dafür tragen, daß die Verbrauchsaufgabe dann eventuell doch wieder eingeführt wird. (Wallisch: „So ist es!“ — Leichin: „Das war immer so, die Schuld haben immer wir!“ — Riemelmoser: „So ist es, wie der Wallisch immer sagt!“) Der Herr Bürgermeister Stameß hat sich im Anschlusse an diese recht unangenehme Angelegenheit auch mit der Grazer Verzehrungssteuer befaßt. Nun wundert es mich, besonders vom Herrn Abg. Stameß, daß er sich hier eine bewußte Verdrehung der Tatsachen hat zuschulden kommen lassen. Denn wir hier im Hause wissen ganz genau, aus welchen Gründen gegen unsere Absicht und gegen unseren Willen wir uns veranlaßt gesehen haben, uns mit der vorläufigen Belassung der Grazer Verzehrungssteuer einverstanden zu erklären. Ich habe auch ganz genau gesehen, daß der Herr Bürgermeister Muchitsch erst nach der Rede des Herrn Abg. Stameß hereingekommen ist, denn er hätte sonst müssen rot werden, wenn er das gehört hätte. (Ragner: „Er ist ja schon rot!“)

Nun hat sich der Herr Kollege Stameß dann auch mit der Zollpolitik befaßt, ein ungeheuer schwieriges Gebiet, es gehört, glaube ich, nicht hieher, weil wir hier im Landtage die Zollpolitik unseres kleinen Österreichs nicht zu entscheiden haben. Aber wer anderer hat sie bereits entschieden, und das ist das Ausland. Solange sich das Ausland wie mit einer Mauer mit einem Zollschuß umgibt, solange können wir keinen Freihandel betreiben, weil wir sonst einen ähnlichen Ausverkauf wie zur Zeit des Kronensturzes herbeiführen würden. Die Landwirtschaft muß jetzt auch Schutzzölle haben, die Industriellen sehen das ein, weil sonst der Inlandsmarkt vollkommen vernichtet würde. Ich bitte, zu bedenken, daß die österreichische Industrie zum größten Teile auf Export eingestellt ist und beinahe 80 Prozent der Produkte exportieren muß. Nachdem unsere Nachbarn, weder Ungarn noch Rumänien, noch Jugoslawien, noch sonst wer uns den Gefallen tut, den Ausfall zu zahlen, wer zahlt den Ausfall dann? Wer zahlt die Zölle? Nur der Inlandsmarkt, die Inlandsindustrie, und wenn wir eine solche Zollpolitik weiter betreiben, Freihandel betreiben — ich bin grundsätzlich Frei-

händler und habe das in der Kammer oft und oft zum Ausdruck gebracht —, dann wird die Landwirtschaft nichts anderes zu tun haben, als wie die Ausfuhrprämie für die Industrie zu bezahlen. Ich habe bereits erwähnt, daß die vernünftigen Industriellen das wissen. Meine verehrten Damen und Herren, aber auch der Konsum hat das allergrößte Interesse an der Erhaltung der Landwirtschaft. Denken Sie an wirtschaftliche Krisen, wo es vielleicht unmöglich sein wird, Nahrungsmittel zu importieren. Denken Sie an eine Kriegsgefahr, die vielleicht im Osten bald austauschen wird. Glauben Sie, daß Ungarn und Jugoslawien uns dann Lebensmittel schicken werden, glauben Sie, daß wir uns nur von den italienischen Orangen ernähren können, und auch Deutschland, das vielleicht in die Sache verwickelt und dadurch auf seine eigene Landwirtschaft angewiesen sein wird, wird uns nicht wieder mit Lebensmitteln aushelfen können. Wir würden daher ganz auf unsere eigene Produktion angewiesen sein, und wenn sie nicht leistungsfähig sein wird und uns nicht ernähren kann, dann werden wir vor einer Katastrophe stehen. (Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Und verhungern dabei!“) Durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wäre es möglich, unsere gesamte Bevölkerung zu ernähren. (Reisel: „Das ist ein Unsinn, ein aufgelegter Unsinn!“) Wenn behauptet wird, daß die österreichische Landwirtschaft nur ein Viertel des Konsums der gesamten Bevölkerung decken kann, so wird dabei immer vergessen oder absichtlich verschwiegen, daß da die landwirtschaftliche Bevölkerung, die Eigenverbraucher ist, in die Bevölkerungsziffer eingerechnet ist, aber deren Verbrauch nicht in der Erzeugungsmenge. Das ist demnach ein vollkommener Trugschluß. (Reisel: „Das macht ja in der Summe nichts aus!“) Verehrte Anwesende! Es wird noch Gelegenheit sein, vielleicht an anderer Stelle einmal über die Zollpolitik zu sprechen. Ich habe gesagt, daß hier im Landtage nicht der Ort ist, wo diese Frage entschieden wird. Die österreichische Landwirtschaft wird den Beweis zu erbringen haben und auch erbringen, daß sie leistungsfähig und ihrer Aufgabe gewachsen ist. Wir dürfen ihr aber diese Lebensfähigkeit durch eine falsche Zollpolitik nicht unterbinden. Das darf nicht sein.

Nachdem ich nun Gelegenheit hatte, mich mit den verschiedenen Ausführungen des Herrn Abg. Stameß zu befassen, erlaube ich mir nun in der Reihe weiter zu schreiten und nur kurz zu erwähnen, was der Herr Landesrat Oberzaucher vorgebracht hat. Ich konstatiere, daß es sich hier meist um persönliche Angelegenheiten handelte, die übrigens bereits widerlegt wurden. Das halte ich nicht für die richtige Methode, hier im Hause auf diese Weise allgemeine volkswirtschaftliche Interessen zu vertreten, solche persönliche Dinge kann man anderswo ausmachen, und ich glaube, dem Herrn Landesrat Oberzaucher werden in seiner Eigenschaft als Landesrat verschiedene Wege offenstehen, wenn es notwendig ist, irgend eine Angehörigkeit zu bekämpfen. Ich halte es nicht für wichtig und nicht für notwendig, hier die Öffentlichkeit und unsere Zeit damit in Anspruch zu nehmen. (Wal-

lisch: „Das ist halt Ihre Meinung!“) Ich bringe auch hier nur meine Meinung und nicht Ihre zum Ausdruck.

Nun, zu den Ausführungen des Herrn Abg. Rosenwirth habe ich eigentlich nichts anderes zu bemerken, als daß sie mir sehr langwierig, aber gut einstudiert vorgekommen sind. Ich gebrauche ausdrücklich das Wort „langwierig“ und möchte den Ausdruck „langweilig“ vermeiden, um den Herrn Kollegen Rosenwirth nicht zu kränken. (Rosenwirth: „Dafür sind sie aber gegessen!“ — Reisel: „Das ist ein bißchen anmaßend von Ihnen!“) Ich möchte es aber ganz deutlich aussprechen, daß ich es für geschmacklos halte, hier in diesem Hause die religiösen Gefühle der eigenen Kameraden, die sich an Fronleichnamspzessionen beteiligen, in den Kot zu ziehen. Die Geschichte von der Fronleichnamspzession ist jedenfalls geschmacklos. (Reisel: „Wie lange sind Sie schon Alerikaler?“) Warum stellen Sie an mich die Frage? Das hat mit der Politik gar nichts zu tun. Ich war schon in meiner Jugend religiös erzogen und bin es heute noch. (Reisel: „Ich war in meiner Jugend Ministrant!“) Meine Äußerungen über die Verspottung der Religion haben mit Politik gar nichts zu tun und Sie werden sich durch Ihr derartiges Verhalten selbst am meisten schaden, denn das Volk ist nicht einverstanden damit. (Oberzaucher: „Das ist eine dumme Verdrehung!“) Übrigens wäre es nur zu begrüßen, wenn der Herr Oberleutnant Rosenwirth als Soldat ebenso gut abgerichtet und diszipliniert wäre, wie als Abgeordneter. (Rosenwirth: „Ich habe meine Zeugnisse bis dato mit Vorzug!“), dann würde es für ihn und die Wehrmacht vorteilhafter sein. (Zwischenruf: „Aber er versteht ja nichts davon!“ — Oberzaucher: „Wenn Ihre Ziegel gerade so schlecht sind, wie Ihre Rede, dann danke ich!“)

Nun komme ich zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Pichler. Hohes Haus! Auch da haben wir stundenlang Angelegenheiten anhören müssen, die eigentlich nicht hieher gehören, der ganze Brucker Gemeindevorstand wurde hier ausgetragen. (Wallisch: „Aber der Herr Abg. Hornik hat ja begonnen!“ — Hornik: „Ich habe mich nur gewehrt, aber nicht hier im Landtage!“ — Dr. Bergerger: „So wie die Frage, so ist die Antwort!“) Er hat allerdings nachher die Gelegenheit benützt, eine ganze Menge schöner und sanftmütiger Reden zu halten, aber, meine verehrten Damen und Herren, diese Ausführungen kommen mir vor, wie die Lockungen eines Wolfes im Schafpelz, und ich glaube, daß die Schäflein, die verspeist werden sollen, sicher die Brucker Gemeindevorwähler sein werden. (Hornik: „Nur die Wirtschaftspartei!“ — Wallisch: „Das sind genug auf einmal!“) Sie, Herr Wallisch, wenn ich von Ihnen reden würde, so würde ich nicht sagen, Sie kommen mir vor wie ein Wolf im Schafpelz, sondern wie ein Schaf im Wolfspelz. (Heiterkeit. — Pichler: „Und er wie das Schaf ohne Wolfspelz!“)

Und jetzt, meine verehrten Herrschaften, habe ich es noch notwendig, mich mit den Ausführungen der anderen Mitglieder der Parteien dieses hohen Hauses zu befassen und möchte hiezu noch bemerken, daß ich mit den sachlichen Ausführungen der Herren Kollegen

Wißany und Hartleb durchaus einverstanden bin. Nachdem aber der Herr Kollege Hartleb dieses schöne Bild von den verschiedenen Geleisen und von verschiedenen Entgleisungen und Zusammenstößen gebraucht hat, so möchte ich bei diesem Bilde bleiben und dabei konstatieren, daß auch die Bauernbündler sich ihr eigenes Geleise mit ihrer Sonderpolitik geschaffen haben, aber leider nur ein recht schmalspuriges Lokalbahngeleise. (Winkler: „Sie haben es notwendig, so zu reden, Herr Kandler. Gerade Sie haben es notwendig!“) Durch diese Sonderpolitik und durch die Sineinziehung der Klassenunterschiede in die bürgerlichen Parteien haben Sie eigentlich in die von Ihnen selbst anerkannte vorzügliche Regie, der bewährten Führer unserer Partei derart hineingepfuscht, daß es jetzt leider nicht möglich ist, die Verkehrsstörung, die von den Sozialdemokraten durch die Obstruktion verursacht wird, mit der notwendigen Zweidrittelmajorität zu beheben. (Winkler: „Reden Sie keinen Unfinn, Herr Kandler!“ — Pongráz: „Sie sind früher auch auf der Schmaspur gefahren!“)

Nachdem ich nun, wie bereits eingangs erwähnt, ganz gegen meine Absicht auch in die politische Debatte mich eingelassen habe und ich sehe, daß das bei meinen geehrten Gegnern keinen besonderen Anklang gefunden hat, was mich aber nicht aufhalten soll, bei nächster Gelegenheit mich wieder mit solchen Angelegenheiten zu befassen, möchte ich zur eigentlichen Sache, zur Budgetfrage, und zwar zu den Steuergrundlagen, zur Steuerpolitik und zur Kreditfrage sprechen und möchte ich vor allem als Mitglied des Finanzausschusses feststellen:

Erstens finde ich es als Geschäftsmann höchst merkwürdig und unangebracht, aber das ist ja eine Methode, die wir aus der Friedenszeit übernommen haben, daß man zuerst über die Ausgaben und dann über die Einnahmen verhandelt. Das erscheint mir verkehrt und es wird notwendig sein, einmal darüber nachzudenken, hier eine andere Methode einzuführen. (Ing. Wißany: „Ihre Partei hat doch die Mehrheit!“) Ich habe ja gesagt, daß das ein System aus der Vorkriegszeit ist, und ich kann es wohl hier aussprechen, daß ich dies nicht für gut halte. Wenn ich auch in der Mehrheit sitze, habe ich doch die Pflicht, hier darüber öffentlich zu sprechen. Vor allem gibt diese Methode der Opposition die beste Gelegenheit, zuerst bei den Ausgaben fortwährend zu verlangen, ohne die Verantwortung tragen zu wollen und dann die Verantwortung abzulehnen und sich bei den Einnahmen dann auf ähnliche Weise aus der Patsche zu ziehen, indem man alle Steuern bekämpft und sie nicht bewilligen will. Die neuen Steuern, die wir hier anlässlich der Budgetdebatte vornehmen werden, sind gewiß allen Ständen nicht angenehm, aber besonders unangenehm waren sowohl den Bauern als auch den Herren von der Gegenseite die in Aussicht gestellte Verbrauchsaufgabe und da möchte ich konstatieren, daß die Herren Sozialdemokraten bei den Verhandlungen im Finanzausschusse, wo sie zu allen Steuerfragen und Plänen eingehend Stellung genommen haben, sich nur vorbehalten haben, bei einzelnen Bedeckungsfragen Abänderungsanträge zu stellen, jedoch ganz entschieden erklärt haben, daß sie die Verbrauchsabgabe mit allen Mitteln bekämpfen

werden. Sie haben dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, was das heißt, mit allen Mitteln bekämpfen, daß heißt obstruieren. (Ressel: „Wer obstruiert denn? Dann obstruieren Sie ja auch!“) Nun, die Verbrauchsabgabe ist zurückgezogen, aber die Obstruktion ist trotzdem nicht ausgeblieben. Ich stelle das ausdrücklich fest und möchte weiters öffentlich feststellen, daß die Verantwortung für dieses Manöver, was wahrscheinlich nur ein Wahlmanöver ist, diejenigen tragen werden müssen, die den jetzigen Zustand verursacht haben. Wenn Sie mir nicht die richtige Antwort darauf geben werden oder können, so finde ich dies ja begreiflich, aber ich hoffe, daß die Bevölkerung bei den Wahlen Ihnen schon die Antwort darauf geben wird. (Regner: „Das ist eine Wahlrede!“)

Nun komme ich zu den Steuergrundlagen und zur Steuerpolitik selbst. Da möchte ich vor allen Dingen feststellen, daß die Grundlage der Steuerkraft jeden Staates das Vermögen und die Arbeit ist und wenn man die Steuerkraft erhalten will, dann darf man nicht die Arbeit verringern und auch das Vermögen nicht verringern und wenn man die Steuerkraft vermehren will, dann muß man auch das Vermögen vermehren, das Kapital und auch die Arbeit. Eine Vermögensbesteuerung ist zwar außerordentlich populär, aber sie führt zur Aufzehrung der Werte und ist eine vollkommen falsche Steuergrundlage. Sie vermindert die Ertragsmöglichkeit und woraus kommt der Ertrag? Der Ertrag kommt nur aus dem Zusammenwirken von Arbeit und Kapital. Wenn wir also das Kapital vermindern, dann wird die Last der Ertragsteuer ganz allein die Arbeit zu tragen haben und ist leider zu konstatieren, daß wir nach einer vierjährigen Vernichtung von Werten beschlossen haben, weniger zu arbeiten. (Regner: „Und haben noch immer Arbeitslose!“)

Nachdem ich nun die richtige Steuergrundlage kurz gestreift habe, möchte ich auch zum Steuersystem, zur Steuerpolitik, kurz sprechen und da finden wir, daß meistens die Ansicht vorherrscht, nur allein die Industrie zu besteuern, beziehungsweise die Industrie mehr heranzuziehen. Ich habe schon früher davon gesprochen, daß die Industrie eine Exportindustrie ist und wenn sie mehr besteuert wird, so muß nur der Inlandskonsum diese Mehrbesteuerung tragen. Es ist daher nicht richtig, einzelne Stände und Berufe einseitig zur Steuerleistung heranzuziehen. Die richtige Steuerpolitik ist jene, die die notwendigen Lasten gleichmäßig auf die Bevölkerung aufteilt, und zwar nach den wirtschaftlichen und nicht nach den politischen Verhältnissen. Dann ist hier im hohen Hause bereits davon gesprochen worden, daß wir Kredite notwendig haben. Wir haben diese notwendig, weil wir zu wenig produzierendes Kapital haben und wir dürfen daher nicht dieses Inlandskapital noch durch Steuern auf das Vermögen aufzehren. (Stamež: „Zur Frankenspekulation haben Sie Kapital genug gehabt!“) Wir dürfen eben unsere eigene Kreditgrundlage nicht erschöpfen und das fremde Kapital durch übermäßige Besteuerung nicht abschrecken. Wenn mir der Herr Bürgermeister Stamež gesagt hat, daß jetzt nur die Banken von der Regierung unterstützt werden und auf den Frankenssturz hinweist, so möchte ich kon-

statieren, daß an dieser Katastrophe wohl keine Partei dieses Hauses die Schuld trifft. Bei dieser unglücklichen Frankenspekulation haben sich alle Bevölkerungskreise beteiligt, weil nach bewährtem Muster bei solchen Katastrophen das Reichwerden leicht zu sein schien. (R e s e l: „Bei uns war das nicht möglich, weil eine Grundlage da sein muß!“) Nun diese Katastrophe eingetreten ist, mußte die Regierung eingreifen und konnte es nicht zulassen, daß sämtliche Industriewerte ins Ausland verkauft werden, dann hätten wir uns hier über Industriesteuern nicht mehr zu befassen, denn dann würden uns eben die Ausländer vorschreiben, welche Steuern sie zahlen wollen und welche nicht. Es mußte also, und das ist hier ausdrücklich festzustellen, die Regierung eingreifen, damit nicht durch eine Börsenspekulation die gesamten Industriewerte Österreichs vom Ausland um einen Pappenstiel angekauft werden.

Ich werde noch Gelegenheit haben, in der Spezialdebatte zur Bedeckungsfrage speziell zu der Angelegenheit, betreffend die Steuergrundlage mit Steuerpolitik ganz besonders zurückzukommen.

Nachdem mir aber Herren von der Gegenseite bereits selbst den Vorwurf machen, ich möge keine Obstruktion treiben und die Verhandlungen nicht in die Länge ziehen, so will ich ihnen diesen Gefallen tun und meine Ausführungen nun vorläufig schließen. (Beifall bei den Christlichsozialen. — R e s e l: „Tun Sie das lieber nicht!“ — R o s e n w i r t h: „Das war mehr als langweilig!“)

R u s h a k. Hohes Haus! Gerade aus den Worten meines Herrn Vorredners ist hervorgegangen, daß uns die Mehrheit des Hauses den Vorwurf macht, als wäre die diesmal gründliche Debatte zum Landesvoranschlage eine mutwillige Obstruktion von uns, entbehre jeder Sachlichkeit und sei durchaus nicht nötig. Vor allem müssen sich die Herren das selbst zuschreiben, wir waren ja gezwungen, wiederholt an Beispielen aufzuzeigen bei den Gemeinden, oder bei Behandlung der Angestellten des Landes und des Bundes, daß leider sich der Fall immer wieder wiederholt, daß im Lande Steiermark mit zweierlei Maß gemessen wird. Ich bin wiederum veranlaßt, Ihnen heute einige Beispiele aufzuzeigen, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Doch bevor ich zu diesem Kapitel schreiten will, möchte ich zu dem zurückgreifen, was Abg. H a r t l e b in seinen letzten Ausführungen unter beifallbuhlenden Blicken nach rechts erklärt hat. Er hat erklärt, daß die Gemeinde Wien der Nutznießer des Bundes und der Länder sei und daß die Sozialdemokraten es sehr leicht hätten, auf die Leistungen der Gemeinde Wien sich zu berufen, nachdem der Gemeinde Wien ein großer Teil an ungebührlichen Anteilen bei der Steuerprozentbemessung zufällt. Ich möchte nun dem Herrn Kollegen H a r t l e b auf Grund unserer heutigen dringlichen Anfrage in Erinnerung rufen den bewährten Satz: „Wozu denn in die Ferne schweifen, sieh, das Gute liegt so nah.“ Wir wollen darauf hinweisen und der Herr Landeshauptmann hat in seiner Antwort selbst anerkannt, daß es von höchster Wichtigkeit ist, daß die steirischen Gemeinden nicht fortwährend darunter leiden, daß der Bund die Abgabenertragsanteile, deren Zusammensetzung ja mein Kollege O b e r-

z a u c h e r auch in der dringlichen Anfrage gestreift hat, noch immer in der gleichen Höhe ausbezahlt, obwohl er schon längst höhere Steuern einhebt. Man kann sogar Fälle nachweisen, daß nicht nur die Gemeinden, sondern auch das Land von einzelnen dieser Steuergattungen noch keine Einnahmen erzielen konnte. Nun will ich Ihnen ein Beispiel von meiner Gemeinde aufzeigen. Die Stadtgemeinde Mürzzuschlag bekommt Steueranteile von 30 Millionen Kronen monatlich. Wir hatten im Jahre 1920 bei der Firma B l e c k m a n n, ein bekanntes Weltunternehmen, eine Steuervorschreibung von 100.000 Kronen, was an und für sich ein Unikum dargestellt hat. Nun ist das ja überholt worden. Bei der neuen Steuerbemessung hat die Firma eine Steuervorschreibung für das Jahr 1921 von 82 Millionen Kronen erhalten an besonderer Erwerbsteuer, für das Jahr 1922 1·8 Milliarden Kronen. Nach der Bemessung der Abgabenertragsanteile würde die Gemeinde an Abgabenertragsanteilen 610 Millionen Kronen erhalten. Wir haben bis heute noch nichts bekommen, trotz Vorgesprache bei der Finanzlandesdirektion. Das ist doch eine Summe, wenn ich nur von dieser einen Steuer spreche, die ganz gewaltig in das Budget einer Gemeinde hineinspielt. Aber auch auf unser Ansuchen bei der Finanzlandesdirektion ist uns bis heute noch immer nicht mitgeteilt worden, daß dem Ansuchen der Stadtgemeinde um die Auszahlung der ihr gebührenden Abgabenertragsanteile entsprochen wird. Wir wären sehr begierig gewesen, wenn uns der Finanzreferent des Landes berichtet hätte, in welcher Weise er die Interessen der Gemeinde bei der Novellierung des neuen Abgabenteilungsgesetzes schützen wird. Er ist nicht nur Finanzreferent des Landes, er hat auch die Aufgabe, die Gemeinden des Landes mitzuvertreten. Bei dieser Frage wäre es interessant gewesen, wenn der Finanzreferent sich bemüht hätte, den Gemeinden wenigstens ein Einsichtsrecht zu verschaffen, damit sie zu den ihnen gebührenden Ertragsanteilen leichter hinzugelangen können, weil wir besonders bei den Ertragsanteilen darunter zu leiden haben, daß, während die paritätische Kommission bei der Finanzlandesdirektion Einblick nehmen kann, über die Steuergrundlage, zum Beispiel die Warenumsatzsteuer, uns das nicht möglich ist. Es ist uns auch aufgefallen, und diesbezüglich möchte ich mich an den Finanzreferenten oder an den Landeshauptmann wenden, daß uns bezüglich der Lohn- und Gehaltsabgabe folgendes mitgeteilt worden ist. Wir haben zwei Firmen, davon ist die eine Firma uns seit Monaten 150 Millionen Kronen an Lohn- und Gehaltsabgabe schuldig. Wiederholte Exekutionsversuche sind daran gescheitert, daß auf unsere Anfrage bei der Finanzlandesdirektion erklärt wurde, der Landeshauptmann habe eine weitere Stundung gewährt. Man wird entgegenhalten, daß infolge der Wirtschaftskrise eine Stundung platzgreifen mußte. Die Firma B l e c k m a n n, die ein gewaltiges Unternehmen mit mehr als 1400 Arbeitern ist und die kein totales Einstellen der Arbeit, wie es die Firma N i e r h a u s gehabt hat, aufzuweisen hat, hat auch einen sechsmonatigen Aufschub erhalten, daß sie keine Lohn- und Gehaltsabgabe zahlen braucht. Das bedeutet einen gewaltigen Entgang

für unser Gemeindebudget, kann aber auch für das Land nicht ganz gleichgültig sein. Wie wir erfahren, ist die Monatsquote mit 70 Millionen Kronen bemessen worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Firma über das Ausmaß, für das die Finanzlandesdirektion allein entscheidend war oder die Landesregierung, mittelbare Bundesverwaltung, eingewirkt hat, den gewaltigen Rückstand, den sie schuldet, erhöht hat um die Quote, die sie nachzuzahlen hat. Immerhin haben wir Beweise gehabt, daß unsere Finanzverwaltung sehr konziliant gegenüber solchen gewaltigen Unternehmen sein kann, was man nicht bei kleinen Unternehmungen oder Kleingewerbetreibenden beobachten konnte. Wir haben wahrnehmen können, daß man sofort von dieser Seite alle möglichen Einflüsse einsetzen hat lassen, ob berechtigt oder unberechtigt. Es hat sich herausgestellt, daß sowohl das Land als auch die Gemeinde, wir können mit ruhigem Gewissen sagen, materiell zumindest einen Nachteil erleidet, weil es um ein halbes Jahr später zu seinem Einkommen kommt, das die Firma zu bezahlen gehabt hätte. Wir haben auch darauf aufmerksam zu machen, daß beispielsweise, was auch in Ertragsanteilen zum Ausdruck kommen soll, wir bis heute noch keine Immobiliargebühren erhalten haben, weder das Land, noch die Gemeinden, was bei größeren Gemeinden eine bedeutende finanzielle Rolle spielen wird. Es ist uns bekanntgegeben worden, daß der Bundesfinanzminister Kienböck es durch einen Auftrag an die Finanzlandesdirektion verhindert hat, daß diese Immobiliargebühren zur Auszahlung gelangen, weil man zuerst das neue Abgabenteilungsgesetz abwarten will. Wir müssen uns auch beschweren, daß bei der Warenumsatzsteuer, die jetzt seit 1. Jänner verdoppelt ist und 2 Prozent beträgt, die Ertragsanteile an die Gemeinden, obwohl weit höhere Steuereingänge an den Bund erfolgen, nicht in einem erhöhten Ausmaße ausbezahlt werden. Ich habe da nur im kurzen gestreift, wo der Weg wäre, wo der Finanzreferent und die Landesregierung der Mehrheit der Gemeinden erheblich an die Hand gehen könnten zur Erleichterung ihrer finanziellen Wirtschaft.

Nun komme ich zu einem anderen Kapitel. Ich habe erwähnt, daß wir verpflichtet sind, aufzuzeigen die Schwierigkeiten, unter denen die Gemeinden, die hier unter sozialdemokratischer Verwaltung stehen, zu leiden haben. Ich möchte nur einen kurzen Auszug geben über den Leidensweg, den wir bei der Grenzberichtigung gehen mußten. Ich kann mich erinnern, daß es von einer Handvoll Menschen abhängig war, daß der ursprüngliche Beschluß, der von beiden Gemeinden gefaßt wurde, deshalb nicht zur Durchführung gelangte, weil die Gegenseite erklärte, daß sie jedenfalls auf Konto des politischen Einflusses beim Landeshauptmann es verhindern werde. Wir haben eine Grenzberichtigung erhalten. Sie mußte nach den Wünschen der Gegenseite, der christlichsozialen Partei, in der Nachbargemeinde, Katastralgemeinde Lambach, durchgeführt werden. Die Grenzberichtigung spottet jeder gesunden Vernunft. Alle Vernunftgründe, die man vorgeführt hat, daß es im Interesse der Allgemeinheit liege, eine vernünftige Grenzregulierung herbeizuführen, alle Versuche der Behörde und der eigentlichen bäuerlichen

Vertreter sind gescheitert. Es hat ganz einfach ein Besitzer erklärt, er habe, nachdem er Mitglied der christlichsozialen Partei sei, den Schutz des Landeshauptmannes, und er lasse sich nicht bewegen, daß eine vernünftige Grenzregulierung bei seinem Besitze vorgenommen werde. Genosse A u f t hat unter anderem erklärt, daß die Gemeinden Bruck und Knittelfeld von der Landesregierung als enfants terribles betrachtet würden und daß ihnen Schwierigkeiten jeder Art in den Weg gelegt würden. Ich möchte erwähnen, daß unserer Gemeinde in Bezug auf die Viehabgabe wegen der Haltung des Landeshauptmannes ein Schaden von mehr als 3 Millionen Kronen erwachsen ist, weil sich ein Besitzer darauf eingestellt hat, unter keinen Umständen diese zu bezahlen, weil er von der Erklärung der Mitglieder der bürgerlichen Parteien und auch der christlichsozialen Landesregierung, daß die Viehabgabe gesetzlich nicht zutrefse, Gebrauch machte. Wir waren gezwungen, dagegen Rekurs zu ergreifen, der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, daß es auch dem Landeshauptmann nicht gestattet sei, über den Kopf der Nationalversammlung Verfassungsgesetze eigenmächtig abzuändern. Es ist uns erst dann gelungen, daß dieser Besitzer nach der Entscheidung erst sich bequemt hat, seine längst fälligen Schulden zu begleichen. Ich könnte Ihnen auch ein anderes Beispiel aufzeigen, worin wir die Beschwerde aufwerfen, wie mit zweierlei Maß gemessen wird. Einem Steuerbeamten, der zwar heute nicht mehr im Dienste der Bundesverwaltung steht, hat man das Leben so sauer als möglich zu machen versucht mit jenem Momente, als er als Vizebürgermeister von Mürzzuschlag in die Öffentlichkeit getreten ist. Man konnte gegen ihn auch nicht den Vorwurf erheben, den die Gräzer „Tagespost“, irrig beraten, erhoben hat, daß er ein Schönerianer gewesen sei, weil der genannte Beamte sich vor dem Umsturze überhaupt politisch nicht betätigt hat. Man hat gegen diesen Bundesbeamten, weil er den Mut besessen hat, ein sozialdemokratischer Funktionär zu sein und sein Wissen dem Dienste der Partei zur Verfügung zu stellen, alle möglichen Manöver inszeniert, um den Mann von seinem Posten wegzubringen. Wiederholt sind von bürgerlicher Seite Verfassungsansuchen vorgelegen. Wiederholt hat man sich dafür eingesetzt, ihn zu verdrängen aus seinem Platze, und wir wissen ganz gut, daß die Verlegung der Steuerbehörde von Mürzzuschlag nach Bruck ein Werk der bürgerlichen Parteien war, weil sie damit gehofft haben, in erster Linie den ihnen lästigen sozialdemokratischen Finanzreferenten der Stadtgemeinde, der dieser Beamte ist, wegzubringen. Als ihnen auch das nicht gelungen ist, da hat man zu einem anderen Mittel gegriffen, und es ist dann ebenfalls mit Hilfe des Nationalrates Pirchegger bei der Finanzlandesdirektion dahin eingewirkt worden, diesen lästigen Steuerbeamten, dem man dienstlich nichts nachsagen konnte und den seine vorgelegte Stelle als pflichterfüllenden Beamten anerkannt hat, wegzubringen. Er war als Sozialdemokrat unbequem, man mußte ihn weghaben, weil die andere Seite des hohen Hauses der Meinung ist, man kann höchstens einem Arbeiter gestatten, daß er Sozialdemokrat ist, aber absolut nicht einem Bundesbeamten. Das

Koalitionsrecht, daß gesetzlich gewährleistet ist für jeden, scheint in Steiermark für Bundesbeamte nicht zu gelten. Nun ist der Mann weg, aber man erlaubt sich, eine zweite Verleumdung gegen ihn einzuleiten. Fünfmal hat man interveniert, daß er wehkommt und jetzt, weil der Mann in die Dienste der Bezirksparkasse getreten ist, greift ihn die bürgerliche Presse deswegen an und auch die sozialdemokratische Verwaltung der Bezirksparkasse, wie sich dieses Unternehmen unterstellen konnte, den betreffenden Beamten anzustellen. Er wurde aber unter denselben Normen angestellt, wie alle anderen Beamten dieses Institutes angestellt sind. Er ist also auch hier ein Beispiel, wie man hier im Lande selbst Beamte anseindet und trachtet, sie von ihrem Dienstposten zu verreiben, und sie auch dann noch verfolgt, wenn sie aus dem Dienste geschieden sind, sofern sie in der sozialdemokratischen Partei eine Funktion versehen. (Wallisch: „Das ist christlich!“) Ich möchte nun aber noch auf ein anderes Kapitel aufmerksam machen, und aus diesem Beispiele sehen Sie folgendes: der Herr Referent hat sich zuerst bei der Vorprache wegen Verlegung der Steuerbehörde nach Bruck einverstanden erklärt, es geniert die Herren nicht, wenn die Steuerbehörde nach Bruck verlegt wird, um bei dieser Gelegenheit den Steuerbeamten los zu werden, aber jetzt petitionieren dieselben Herren wieder durch den großdeutschen Nationalrat Graier beim Finanzministerium um Rückverlegung des Steueramtes von Bruck nach Mürzzuschlag, und daraus ist doch ersichtlich, daß es sich nicht um sachliche, sondern um politische Erwägungen handelt, was sonst immer von der Gegenseite der sozialdemokratischen Partei vorgeworfen wird, daß sie in dieser Weise vorgeht.

Ich habe aber noch andere Fälle aufzuzeigen, um diese verschiedene Behandlung in der Verwaltung des Landes beweisen zu können. Dieses Kapitel, welches ich jetzt berühren muß, da könnte vielleicht von der anderen Seite gesagt werden, was dies eigentlich den Voranschlag berührt, wenn bei diesem Institut Wahlswindelereien vorgekommen sind, aber ich werde im Verlaufe meiner Ausführungen beweisen, daß mit zweierlei Maß seitens der Landesverwaltung gemessen wird, und wir werden sehen, daß die Landesregierung, die gegenüber Arbeitern sehr strenge ist, bei dieser Angelegenheit eine sehr weisgebende Milde an den Tag gelegt hat. Ich möchte heute schon bitten, wenn der zweite Rekurs, den wir ergriffen haben, in den nächsten Tagen einlangt, diese Beschwerde eingehender untersuchen zu lassen, als er das erstemal der Fall gewesen ist. Die Bezirkskrankenkasse in Mürzzuschlag hat im Jahre 1923 die erste ordnungsmäßige Wahl gehabt, und diese wurde wegen Wahlswindelereien und Wahlbeeinflussung sistiert und ist der ganze Akt an die Landesregierung gegangen. In diesem Akt wird nachgewiesen das eigentümliche Vorgehen des Krankenkassendirektors, welcher auf alle unsere Vorbehalte und Hinweise auf die ungesetlichen Vorgänge, die bei der Wahl vor sich gegangen sind, keine anderen Argumente zur Verfügung gehabt hat, als daß er erklärte, wir wollten ihn deshalb schädigen, weil er Christlichsozialer sei, aber nicht entkräftet hat, warum diese Wahlswindelereien vorgekommen sind. Ich möchte dem hohen Hause die

Frage vorlegen, ob man unter solchen Umständen eine Wahl objektiv vornehmen kann. Die Herren von der Gegenseite können ja welcher Partei immer angehören, das geniert uns gar nicht, wir verlangen aber Recht und Geseßlichkeit. Der Krankenkassendirektor Hofmann ist zugleich Sekretär der gewerblichen Volkskreditbank und dieser Mann ist zugleich Obmann des sogenannten unpolitischen Wahlausschusses gewesen und hat dann folgendes praktiziert. Man ist hergegangen und hat die Stimmzettel, die nach den Vorschriften der Krankenkasse von den Wählern eigenhändig auszufüllen und unterschrieben werden sollen — es wurde ja auch wegen der ersten Wahl ein Rekurs eingebracht und nachgewiesen, daß laut Protokoll der Bezirkshauptmannschaft die Krankenkasse ihre Beamten hinausgeschickt hat — und hat die Stimmzettel bei den Arbeitgebern hinterlegt mit dem Auftrage, bloß die leeren Stimmzettel unterschreiben zu lassen; man hat den Leuten aber nicht gesagt, um was es sich handelt, und hat dann die von den Wählern unterschriebenen Stimmzettel eingesammelt, welche dann bei der Kasse mit den Namen der Kandidaten ausgefüllt wurden. Das ist doch eine Wahlmethode, die ich bisher noch nicht erlebt habe. Es hat dann weiter eine Zeugin bei der Behörde ausgesagt, daß betont wurde: Gebt leere Stimmzettel ab! Sie verweigerte aber die Bevollmächtigung, daß jemand den Stimmzettel ausfüllen dürfe, es ist aber dann nachgewiesen worden, daß dieser Stimmzettel vom unpolitischen Wahlausschusse doch ausgefüllt wurde. Und nun zum Schlusse kommt die Krone dieser Ungesetlichkeiten, nämlich, daß dieser unpolitische Wahlausschuß auch zugleich Wahlprüfungskommission gewesen ist. Man sollte nun meinen, daß derlei Argumente, wie sie ja auch im Rekurse nachgewiesen wurden, nachdem ja auch die Beamten der Anglobank erklärt hatten, daß sie die Stimmzettel leer abgegeben hatten, nachdem ihnen ausdrücklich bemerkt wurde, daß sie leer zu bleiben haben und nachdem nachgewiesen wurde, daß der unpolitische Wahlausschuß gegen den Willen der Bankbeamten die Stimmzettel ausgefüllt hat, von der Landesregierung doch berücksichtigt werden. Nun war man bei Einbringen des Rekurses an die Landesregierung der Meinung, daß diese Wahlswindelereien, diese schamlose Beeinflussung, dieser Terror maßgebend sein soll, daß die Wahl des ganzen politischen Bezirkes sistiert werde, die Landesregierung hat aber in der Entscheidung verfügt, daß nur die Wahl in den Gemeinden Ganz und Mürzzuschlag sistiert werde, von den übrigen Teilen des Bezirkes hat sie unter dem Argument, daß dort keine Wahlswindelereien nachgewiesen seien, die Wahlen nicht sistieren lassen. Nun kommt es zur Neuwahl und da sollte man meinen, daß die Behörde ihr Aufsichtrecht ausüben wird, daß jener Kassendirektor, der in einer Person zwei Funktionen ausübt, einerseits Kassendirektor und andererseits Sekretär des unpolitischen Wahlausschusses ist, daß dieser nicht neuerdings mit der zweiten Wahl betraut wird. Er ist aber mit der zweiten Wahl betraut worden und wieder ergeben sich hier die Schwierigkeiten, daß man von einem Terror sprechen kann. Erstens wurde die Wählerliste so mangelhaft angelegt, daß keine Adresse vorhanden war.